

Das K.O.M.I.T.E.E. meldete sich erstmals am 27.10.1994 zu Wort, nachdem die Gruppe ein Gebäude des Verteidigungskreiskommandos 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde (Brandenburg) in Brand gesetzt hatte. In der Erklärung wurde die Bundeswehr angegriffen, weil sie den Krieg der Türkei gegen die PKK und gegen die kurdische Bevölkerung massiv unterstützt. Das K.O.M.I.T.E.E. stellte in der Erklärung fest, daß Deutschland "Kriegspartei im Völkermord in Kurdistan (ist) - militärisch, ökonomisch,

aus ist die deutsche Abschottungs- und Abschiebepolitik gegen Flüchtlinge aus aller Welt seit Jahren zurecht Angriffsziel verschiedenster politischer Gruppen, von Kirchengemeinden bis zu bewaffneten Gruppen.

Zum anderen wollte das K.O.M.I.T.E.E. sich diesmal nicht mit einer symbolischen Aktion begnügen. Es ging darum, den im Umbau befindlichen, leerstehenden Knast so stark zu beschädigen, daß seine Fertigstellung erheblich verzögert worden wäre. Daß es möglich ist, durch militante An-



Militant ins nächste Jahrtausend!?

politisch", und daß sich ohne Übertreibung feststellen lasse, "daß die BRD heute für die Türkei die gleiche Bedeutung hat, wie die USA ehemals für Vietnam und Mittelamerika". Gleichzeitig kritisierte das K.O.M.I.T.E.E. die unterentwickelte Solidarität der deutschen Linken zum kurdischen Befreiungskampf. Den Anschlag verstand das K.O.M.I.T.E.E. als symbolische Aktion mit dem Ziel, "uns als deutsche Linke mit dem kurdischen Befreiungskampf in Bezug zu setzen".

Der versuchte Angriff auf den zukünftigen Abschiebe-Knast in Köpenick am 11.4.1995 erweiterte diese Themenstellung. Zum einen zielte er erneut konkret auf die deutsche Kurdistan-Politik, denn KurdInnen in Deutschland, vor allem politisch aktive, sind dauernder Einschüchterung und Terrorisierung durch deutsche Behörden ausgesetzt, die in Knast und Abschiebung gipfeln. Darüber hin-

griffe mehr als symbolische Wirkung zu erzielen, zeigte in Berlin bereits 1987 der Anschlag 'Revolutionärer Viren' auf die Berliner Ausländerbehörde, bei dem tausende von Akten und Pässen vernichtet wurden, wodurch viele Asylverfahren bei Null anfangen mußten, was zwar für die Flüchtlinge erneuten Streß, aber auch eine längere Verzögerung von Abschiebungen bedeutete. Noch mehr dürfte der Anschlag der RAF 1993 auf den neuen hoch-modernen Knastbau in Weiterstadt (Hessen) Vorbild gewesen sein, der die Einweihung des Knastes um vier Jahre verzögerte und die Baukosten um 100 Millionen Mark hochtrieb.

Nach dem Scheitern des Angriffes in Köpenick meldete sich das K.O.M.I.T.E.E. erst am 6.9.95 wieder mit einer Erklärung. Darin wurde eine Bilanz gezogen und als Konsequenz die Auflösung der Gruppe erklärt. Das K.O.M.I.T.E.E. zog diese Konsequenz aus den gemachten Fehlern, die zur Ver-

folgung von vier Menschen führten, verteidigte aber gleichzeitig das eigene Konzept, nach dem militante Aktionen notwendiger Bestandteil linker Politik sind und die Existenz kontinuierlich in Erscheinung tretender militanter Gruppen Orientierungspunkte für die linke Szene setzen kann. Das K.O.M.I.T.E.E. hatte sich selbst als eine solche Gruppe gesehen, meinte aber, der damit verbundenen hohen Verantwortung nicht gerecht geworden zu sein.

Es gab verschiedentlich Kritik an der Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.s, die sich auf die politischen Grundüberlegungen und ihre Umsetzung bezog. Der Gruppe wurde entgegengehalten, sie überschätze ihre eigene Bedeutung wie die Bedeutung militanter Aktionen an sich für die radikale Linke, sie verfolge letztlich einen Avantgarde-Anspruch und sehe die Situation der Linken allgemein zu undifferenziert. Infrage gestellt wurde auch, inwieweit das K.O.M.I.T.E.E. wirklich das in der Erklärung als politisch "nötig" hergeleitete Projekt war oder doch der individuelle Handlungsdrang angesichts des unerträglichen Normalzustandes ringsum von größerer Bedeutung war als von der Gruppe eingeräumt wurde.

Ein weiterer Einwand gegen das Projekt des K.O.M.I.T.E.E.s war, daß das erklärte Ziel, ein Thema militant zu "pushen"

gen aus jüngster Vergangenheit ging das K.O.M.I.T.E.E. in seiner Erklärung nicht ein.

Eine Debatte über die Perspektiven militanter Politik kommt nicht darum herum, sich damit zu beschäftigen, was die praktischen Erfahrungen der letzten knapp dreißig Jahre sind. Denn sonst wird immer wieder bei Null angefangen, und die Textbeiträge wie die praktischen Aktionen wiederholen sich in dem Maße, wie die handelnden Personen und Gruppen neu auftauchen bzw. verschwinden.

Schon Mao hatte mit seinem Vergleich vom Fisch im Wasser richtig erkannt, was eine der notwendigen Bedingungen für radikale Politik ist. So wie revolutionäre Organisationen und Guerillas eine soziale Basis brauchen, so brauchen auch militante Kleingruppen sie, nur daß im ersten Fall 'Volksmassen' vonnöten sind, im zweiten Fall eine einigermaßen starke linke Bewegung genügt. Es nützt dem Fisch überhaupt nichts, wenn er sich für objektiv richtig erklärt, dabei aber am Strand liegt und austrocknet. Und es nützt der militanten Bewegung nichts, wenn sie - frei nach Brecht - die Situation der Linken allgemein für falsch erklärt, denn sie kann sich keine neue wählen.

"Konsequente militante Praxis könnte einer der Hebel sein, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust



und damit zum Durchbrechen einer "Lethargie" der Linken beizutragen, bereits in den achtziger Jahren von den Revolutionären Zellen in Form der Kampagne 'Für freies Fluten' unter ungleich günstigeren Bedingungen nicht oder fast nicht erreicht worden sei; u.a. darüber gab es Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre öffentliche Diskussionen, in denen militante Gruppen das Scheitern ihrer Politik und ihre Auflösung erklärten oder auch stillschweigend von der nächstlichen Bildfläche verschwanden. Auf diese Erfahrungen

nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen", schrieb das K.O.M.I.T.E.E.. Eine solch strategische und tiefgreifende Auswirkung militanter Praxis auf die Linke an sich war in den vergangenen Jahrzehnten nur dann mehr als ein Wunschtraum, wenn diese Militanz sich unmittelbar aus einer Bewegung entfaltete, die auch anderweitig Stärke entwickelte - etwa in Form der 'sozialen Bewegungen' um 1970 bzw. 1980 herum. Wo immer militante Gruppen versuchten, selbst diesen 'Hebel' anzu-

setzen, fanden sie sich früher oder später als isolierte Avantgarde auf dem Trockenen wieder, schlimmstenfalls gefolgt von Repressionswellen des Staates, die (zu) viele Menschen unvorbereitet trafen und somit die erhoffte Wirkung des Projektes in sein genaues Gegenteil verkehrten (wie das K.O.M.I.T.E.E. selbst richtig feststellt). Auf den klandestinen Gruppen - bewaffneten wie auch 'Guerilla diffusa' - lastete allzulange der Anspruch, sie müßten eine strategische Orientierung der radikalen Linken

lösung sein: die RAF entschied sich in den siebziger Jahren stattdessen dafür, die Bindung an die deutsche Linke weitgehend selbst zu kappen, da sie ihr eigenes Projekt für wichtiger hielt. Andere Gruppen gehen den schweren Weg der Rücknahme der Eskalation - es ist in der Tat schwer, auf ein Terrain zu verzichten, das selbst mühevoll erobert wurde, und sei es nur das der technischen Qualifikation. Ein möglicher Weg ist auch, die Versuche militanter Organisation voranzutreiben, dabei aber direkte Aktionen



erarbeiten, theoretisch wie praktisch: immerhin, sie verkörperten, neben Zeitungen, über Jahre die nahezu einzigen linksradikalen Strukturen von Dauer; sie galten (ausgesprochen oder auch nicht) als vorbildhaftes Ziel für persönliche und politische Reifungsprozesse der einzelnen; sie boten die Chance, die Kluft zwischen radikalem Handlungsdrang und theoretischer Auseinandersetzung zu überwinden. Tatsächlich waren sie mit dem Anspruch stets überfordert. Das eigene Überleben gegen den enormen feindlichen Apparat und die Bewahrung der eigenen Handlungsfähigkeit machten es meist unmöglich, Perspektiven zu entwickeln, die über taktische Überlegungen (die von der eigenen Vorgeschichte in der Bewegung geprägt waren) bzw. das eigene Orientieren an 'äußeren' Vorgaben hinausgingen. Die klandestinen Gruppen haben dies nach und nach erkannt und praktische Konsequenzen daraus gezogen - Schritt für Schritt, vom Stellen der Machtfrage in vermeintlich greifbar näher vorrevolutionärer Situation Anfang der 70er Jahre bis zur jenem unausgegorenen Gemisch aus Nadelstichen und "Trotz alledem" der 90er. Wenn Militante nun den Vorwurf an die radikale Linke richten, diese unterstütze die klandestinen Gruppen zu wenig, so ist damit wenig gewonnen. Solidarität läßt sich nicht einklagen. Wo Gruppen feststellen, daß sie zu 'vereinsamen' drohen, liegt es in ihrer eigenen Verantwortung, darauf zu reagieren, selbst wenn die Verhältnisse hier im Lande mehr denn je nach militanter Praxis verlangen. Eine solche Konsequenz muß beileibe nicht die Selbstauf-

hintenanzustellen.

Zwei Fragen, die früher von den meisten Gruppen (außer der Roten Zora) eher nebenbei abgehakt wurden, sind dabei in den 90er Jahren ins Zentrum der Debatte gerückt: Erstens, was haben militante Gruppen mit patriarchalen Herrschaftsstrukturen zu tun und wie stehen sie dazu; zweitens, wie macht revolutionäre, auf Befreiung der Menschen gerichtete Militanz sich eindeutig identifizierbar in Abgrenzung zu Militanz von rechts!?

Eine umfassende Darstellung der Debatten über militante Strategien in der BRD steht noch aus, obwohl mittlerweile die Texte militanter Gruppen dicke Bücher füllen. Je mehr die Erfahrungen der klandestinen Gruppen der 70er/80er Jahre in die Vergangenheit rücken, je weniger Menschen übrig sind, die aus eigener Erfahrung und mit positivem Bezug auf militante Politik an sich etwas zu der Diskussion beizutragen haben, desto notwendiger wird es, vor dem Entwurf neuer oder doch-nicht-so-neuer Strategien diese Texte zu berücksichtigen. Als kleine Appetitstücken zitieren wir aus ein paar Texten der letzten 17 Jahre. Die Auswahl ist gewiß nicht ausgewogen, sondern entspricht unseren hier beschriebenen Standpunkten zur Militanz-Debatte. Wir fanden Texte von 1981, die Antworten auf Texte von 1997 enthalten, und Beobachtungen, die allem Anschein nach zeitlos aktuell sind und regelmäßig wiederkehren...

Wie ein Fisch im Wasser oder in der eigenen Suppe schwimmen?

Zitate aus Texten militanter Gruppen der 80er und 90er Jahre

"Revolutionärer Zorn" Nr.6, Januar 1981:

"...Prinzip unserer Aktionen ist es deshalb, daß sie ausgehen von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, an denen wir beteiligt sind, daß sie an den dort geführten politischen Auseinandersetzungen anknüpfen, daß sie unter der Fragestellung 'bringen sie die Bewegung weiter' bzw. 'verschärfen sie die Widersprüche' eindeutig bestimmbar sein müssen. Orientieren sich unsere Aktionen nicht an dieser Maxime, führen sie in die Isolation und tragen zum Entsolidarisierungsprozeß bei..."

"...Mit der Zersplitterung der Bewegung reduzierte sich die Bedeutung gesellschaftlicher Konflikte, in denen die Linke präsent war, auf Auseinandersetzungen, die nur in den seltensten Fällen wenigstens lokale Ausmaße erreichten. (...) (Es) stieg die Tendenz, auf symbolische Interventionen auszuweichen. Benennbare konkrete Zielsetzungen gerieten in den Hintergrund, während das Argument, es ginge um den Nachweis, daß illegaler Widerstand in diesem Land überhaupt möglich ist, zunehmend an Gewicht gewann. (...) Erschwerend wirkte sich aus, daß eine personelle Verbindung zu den verschiedensten Gruppen und Initiativen unter den gegebenen Bedingungen nahezu ausgeschlossen war, wir folglich mehr und mehr von Diskussionen abgeschnitten und auf indirekte Informationen angewiesen waren, um die Objekte, die Zielrichtung, die Form und den Zeitpunkt von Aktionen zu bestimmen. Klar, daß sich damit das Risiko erhöhte, ungenau, abstrakt, unverständlich zu bleiben. (...) Als Folge dieser Schwierigkeiten, aber auch als Kritik am Zerfall der Linken, (...) veränderte sich die Stoßrichtung unserer Aktionen. Statt sich an dem zu orientieren, was die Bewegung machte, gingen wir dazu über,

die Bewegung an dem orientieren zu wollen, was wir für politisch brisant und notwendig hielten."

"Gratwanderungen und Gletscherspalten", radikal 114, März 1983:

"Ein erklärter Anspruch aller militant organisierten Gruppen, so auch der Revolutionären Zellen, war schon immer, in Zeiten eher flauer Basisbewegungen Kontinuität im Widerstand zu demonstrieren. (...) Wir (wollen) hier mal unterstellen, daß es neben den vorgegebenen 'objektiven' Gründen für die Kontinuität noch mindestens ebenso wichtige, doch nicht offen benannte 'subjektive' Motive gibt. Aktionen, die anderen zeigen sollen, daß der Kampf weitergeht, sind für die eigene Identifikation mit der Rolle des Revolutionärs noch viel bedeutender. Denn gerade in flauen Zeiten muß der Revolutionär sich selbst beweisen, daß sein Weg richtig und sein Ich wichtig ist.

Vielleicht wäre es mal an der Zeit, diese Strategie der 'einsamen Kontinuität' grundsätzlich zu überdenken."

"Revolutionäre Politik ist die Gratwanderung zwischen Sektierertum und Reformismus", Januar 1986:

"Je mehr Menschen sich in laufenden sozialen Konflikten oder Bewegungen schon politisiert und

aktiviert haben, je vielfältiger dadurch auch Diskussions-, Protest- und Aktionsformen vorhanden sind, desto mehr können über subversive Angriffe erreicht werden. Positiv Einfluß nehmen auf soziale Kämpfe können wir jedoch nur, wenn wir daran teilnehmen, Bescheid wissen über die laufenden Prozesse, die Schwierigkeiten und die Diskussionen unter den Betroffenen. Nur so können wir die nötige Sensibilität dafür entwickeln, ob unsere Aktionen der Bewegung nützen. Andernfalls verpuffen sie oder bewirken statt Mobilisierung gar das Gegenteil - Ärger über die Militanten. In diesem Sinne kritisieren wir z.B. die Praxis der RZ 1982 im Zusammenhang mit der Startbahnbewegung: In einer Phase, in der die radikale Linke sich aus der eigenen Schwäche heraus dem



friedlichen, gewaltfreien Protest der BI unterordnete, machten die RZ eine Serie von Anschlägen, von denen aber nur einige positiv aufgenommen wurden (...). Dazu kam, daß sie in ihren Erklärungen abgehobene und besserwisserische Kommentierungen der Bewegungssituation abgaben (...). Eine notwendige militante Praxis innerhalb sozialer Konflikte kann dann erfolgreich sein, wenn wir es schaffen, über subversive Aktionen die Grenzen, die durch Reformismus, Angst und Akzeptanz gegenüber Staat und Kapital gesetzt sind, aufzubrechen. Ohne jedoch das Dogma der Legalität mit dem Fetisch der Illegalität zu vertauschen."

"Schnell statt gründlich", Einige Gene aus der Revolutionären Vire Thomas Müntzer, Interim 84, 21.12.1989:

"...Vielleicht erinnern sich einige daran, daß wir selbst 1988 eine ähnliche Idee hatten: Ein Thema durch militante Eingriffe anzuschieben. (...) Woran sind wir letztlich gescheitert? Wir hatten natürlich auch etliche technische Probleme, die die Effektivität unserer Aktionen beeinträchtigten. Ein wichtiger Faktor, der zum Abbruch der Kampagne beitrug, war der völlig gesprengte Zeitplan (...).

Wir (denken) - durch unsere Erfahrung bestärkt -, daß militante Politik mit jeder Form der Avantgardepolitik sehr vorsichtig sein muß (...). Den (...) engen Zusammenhang zwischen Bewegung und militanter Politik halten wir für durchaus wünschenswert. Wir befürchten jetzt, daß ihr [eine RZ-Gruppe, d.S.] mit eurer Kampagne in derselben Avantgarde-Sackgasse landen könntet, wie schon andere vorher. Ihr stellt selbst fest, daß die RZ-Kampagne zum Thema Asyl voluntaristisch war. Wir stellen fest, daß unsere CIM-Aktionen [CIM=Computer-Integrated Manufacturing = Fabrik-Automatisierung, d.S.] es auch waren. (...) Natürlich reicht es nicht aus, sich als Militante hinzustellen und auf 'die' Bewegungsthemen zu warten (...). Na-



türlich ist es denkbar, daß ein ursprünglich isolierter Ansatz, militant oder nicht, zum Zündfunken wird. Aber überlegt euch genau, wo ihr vielleicht subjektivistisch handelt, d.h. wo ihr allein die eigene Einsicht in die Notwendigkeit des militanten Eingriffs zum Leitfaden des politischen Handelns macht und etwaige widrige äußere Umstände lieber wegdiskutiert."

"Das Ende unserer Politik", eine Revolutionäre Zelle, Januar 1992

"Unsere eigenen Aktionen der letzten Jahre sind im luftleeren Raum verlaufen, waren nicht mehr Bestandteil einer breiteren sozialen Praxis. Unser Koordinatensystem: bewaffnete Opposition - Vermittlung - Verankerung - Vermassung stimmt nicht mehr, der Bezugsrahmen hat sich verschoben, Verhältnisse haben sich aufgelöst. (...) In den 80er Jahren haben wir in der Region eine militante Politik zu vertreten und zu entfalten versucht, die immer auf dem Prinzip der Verankerung und Vermassung aufgebaut war - Verankerung in einem aktiven linksradikalen Umfeld und womöglich in sozialen Konflikten, die über

diese linksradikale Szene hinausgingen. Die mit unseren Aktionen und Erklärungen verbundenen thematischen Vorschläge: eine konsequent antirassistische und internationalistische Orientierung zur Unterstützung des schwarzen Befreiungskampfes in Südafrika, dann verstärkt unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik und ihre staatlich-administrativen Durchsetzungsorgane - diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstands zu bringen.



Spätestens am Ende der Flüchtlingskampagne, nach dem 18.12.1987, und bei der Wiederaufnahme unserer Angriffe zur Unterstützung der Roma ab 1989, wurden wir uns unserer Isolierung bewußt. Die fehlende Verankerung in unserem politischen Umfeld ließ sich nicht länger mit vereinzelt Zustimmungsroutinen aus der Szene kaschieren. (...) Es war das eingetreten, was wir unbedingt vermeiden wollten: Wir waren allein, ohne Austauschmöglichkeiten, so daß

sich die Motivation für die bewaffnete Intervention nur noch aus dem reinsten Subjektivismus zu speisen begann. Ein Zustand, den wir als Tod von Politik begreifen und als Einfallstor für Beliebigkeit und Terrorismus."

"Wenn die Nacht am tiefsten... ist der Tag am nächsten", einige ExRZlerInnen, März 1992:

"Ihr habt Aktionen zur Unterstützung des südafrikanischen Befreiungskampfes und gegen die staatliche Flüchtlingspolitik gemacht. '... diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstands zu bringen' sagt ihr - und wir würden gerne wissen, warum.

Was ist eine Avantgarde? Steht sie notgedrungen ganz oben, hat sie mit Hierarchie überhaupt etwas zu tun? Kann mensch überhaupt Avantgarde sein wollen oder nicht wollen? Ist 'Avantgarde sein' im Kontext einer politischen Bewegung oder Entwicklung nicht einfach Ausdruck davon, ob der politische Vorschlag einer Gruppe angenommen wird oder nicht, ob er zur Dynamik von Kämpfen beitragen kann?

'Avantgarde' scheint für euch eine



überaus negativ besetzte Vokabel zu sein, andererseits auch eine Art Schlüsselwort. Kämpfe aus einer inhaltlich-politischen Stärke heraus anzuführen, ist anscheinend unweigerlich mit dem Dünkel von Macht und Hierarchie behaftet, so als sei dies nicht zu allererst eine Frage der Struktur und der Inhalte (in diesem Fall: der Linken). Für uns ist die vordergründig panische Angst, sich zu exponieren, nicht zuletzt ein Zeichen von fehlender Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen."

"Mili's Tanz auf dem Eis", Rote Zora, Dezember 1993:

"(Das) veränderte politische Klima - zusammen mit den Verunsicherungen durch die Repression - stoppte erstmal all unsere praktischen Pläne. Es waren aber nicht nur diese äußeren Bedingungen, die uns schwächten, hinzu kamen unsere eigenen Fehler: Wir schätzten unsere Bedeutung und unsere Möglichkeiten nicht realistisch ein. Wir fanden das Projekt "Rote Zora" in dieser Situation so immens wichtig, daß wir alle unsere Bemühungen darauf ausrichteten, die Struktur aufrecht zu erhalten, und merkten gar nicht, wie sehr wir uns dabei praktisch lahmlegten. Wir unterlagen unserem eigenen Mythos, was sich ebenfalls in unserem hohen Anspruch an eine mögliche Praxis ausdrückte. Wir konnten uns als Rote Zora keine Aktion vorstellen, die hinter die Entwicklung unserer bisherigen Praxis zurückfiel. Das lag aber in der speziellen Situation jenseits unserer Fähigkeiten und Möglichkeiten. Je länger der Zeitraum ohne praktische Politik war, desto höher wurde der Anspruch und desto unmöglicher die praktische Umsetzung. So schloß sich der Kreislauf zunächst einmal. (...)

Die aufwendige Form der politischen Organisation ohne konkrete Umsetzung in Aktionen und eine komplizierte Kommunikationsstruktur (...) verstärkten bei vielen von uns Unzufriedenheit und massive Zweifel, ob wir als illegale Organisation in der Lage seien, in die politischen Prozesse einzugreifen. Aus verschiedensten Gründen - andere Schwerpunkte setzen, militanten Widerstand nicht mehr angemessen finden, Festgefahrenheit in der Organisationsstruktur und damit

einhergehender Schwerfälligkeit und Verlust von Lebendigkeit - trennten sich die meisten Roten Zoras von unserem Zusammenhang, und somit stehen wir quasi am Neuanfang.

Die grundsätzlichen Fragen nach Wirksamkeit, Legitimation, Ziel, Basis und persönlicher Umsetzbarkeit unserer Politik haben sich uns verschärft gestellt. Das sind zwar Fragen, die uns ständig begleiten, aber in Zeiten geringer politischer Gewißheit und in Phasen der notwendigen Klärung von Perspektiven werfen wir immer wieder die politischen Erfolgsaussichten und persönliche Gefährdung und Einschränkungen neu in die Waagschale.

Zudem mußten wir uns gegen den mainstream dieser Zeit behaupten, der v.a. von gemischten Gruppen ausging, daß militanter Widerstand in dieser Situation nichts mehr bringe.(...)

In einer Phase von Perspektivlosigkeit, nachlassendem und zersplittertem Widerstand und geballt erscheinender Übermacht des Systems greift Resignation desto mehr um sich, je mehr wir glauben, die vielen Zuspitzungen sexistischer und rassistischer Gewalt und Ausbeutung ohne sichtbare Gegenwehr hinnehmen zu müssen.

Es liegt an uns, Teil dieser Resignation zu sein oder sie zu durchbrechen!"

"Selbstportrait einer militanten Gruppe - Anfangen, aber nicht um jeden Preis", Interim 388, 13.09.1996:

"Militante Projekte einzustellen, bis eine umfassende Strategie entwickelt, ausgearbeitet und schließlich von vielen an- und aufgenommen worden ist, hieße, das Verschwinden linksradikaler Positionen zu beschleunigen, denn Aktionen fungieren oft als Vehikel für unsere Themenschwerpunkte. Nicht nur würden politische Vorstellungen weiter aus der Wahrnehmung verschwinden, auch die praktische Erfahrung einer militanten Intervention in die HERRschenden Verhältnisse wäre zumindest zeitweilig kein erkennbarer Bestandteil revolutionärer Politik in der BRD mehr. Es geht demnach darum, einen Pool von Eingriffsoptionen beizubehalten, damit diese nicht als undurchführbar gelten und aus dem Blickfeld geraten. Es wird für neu konstituierte militante Gruppen stets von Bedeutung sein, Vorlagen von schon

existenten klandestinen und militanten Zusammenhängen zu haben und von ihrem inhaltlichen und praktischen Potential zu zehren. (...) Die an die Ausführungen des K.O.M.I.T.E.E.s angelehnten Motive für militante Politik stießen bei Stellungnahmen z.T. auf grundsätzliche Kritik: Linksradikale Militanzmythen würden durch die K.O.M.I.T.E.E.-Politik fortgeschrieben, die gesellschaftsverändernde Bedeutung militanter Politikformen werde überschätzt, das K.O.M.I.T.E.E. nehme eine avantgardistische Rolle ein und verknüpfe Aktionen mit einem 'Erweckungsgedanken' (vgl. Interim-Artikel und ak-Kommentar). Uns ist in den letzten Jahren kein Statement eines militanten Zusammenhanges bekannt, der die Lage linksradikaler Politik in der BRD nicht als marginal beschrieben hätte. Diese Marginalität zeigt sich sowohl an der Aktionszahl, der -präzision und dem -niveau als auch an dem AdressatInnenkreis. Die Aktionen dienten vornehmlich der Festigung und Motivierung der eigenen Strukturen (...). Wenn dabei gescheiterte Aktionen oder gar eine erzwungene Gruppenauflösung als demobilisierend begriffen wird, so ist das nur allzu berechtigt und nicht als Überschätzung militanter Aktionsformen auszulegen. Wir empfinden die K.O.M.I.T.E.E.-Auflösung gewiß nicht als Motivationsschub und Verbesserung unserer Ausgangsbedingungen! Und wir können keinen Grund erkennen, der eine wie auch immer geartete (Selbst-)Überschätzung rechtfertigen könnte! (...)

Mit den fast schon ritualisierten Vorwürfen der 'Mythenbildung' und des 'Erweckungsgedanken' wird vernachlässigt, daß militante Zusammenhänge ihre Aktionen i.d.R. in den Rahmen einer Kampagne stellen oder Themen aufgreifen, die bspw. Teil des tripple-oppression-Ansatzes sind (...). D.h. es ist darauf zu achten - und so haben wir auch die Ausführungen des K.O.M.I.T.E.E.s aufgefaßt -, daß Aktionen im Kontext linksradikaler Basispolitik stehen bzw. über ein (wenn auch kleines) politisches Pendant verfügen. Hierin drückt sich die Wechselbeziehung zwischen Basispolitik und 'flankierenden' Aktionen aus. Wenn diese Wechselbeziehung von militanten Gruppen berücksichtigt wird, kann der Tendenz,

daß jede militante Kleingruppe eine isolierte ist (vgl. radi-Text) entgegengesteuert werden. Sicherlich ist eine kampagnenbezogene Aktion in bewegungsarmen Zeiten nicht in einen zahlenmäßig großen Teilbereichskampf eingebettet. Sie vermag aber in Verbindung mit der linksradikalen Szene zu wirken, um die 'Bodenhaftung' nicht zu verlieren.

Ähnlich unverständlich erscheint uns der Avantgardismus-Vorwurf. Da der Begriff 'Avantgarde' derart negativ besetzt ist, nimmt der Vorwurf schon fast einen diffamatorischen Charakter an. Worauf stützt er sich? Auf die Intention, eine politisch orientierende Rolle einzunehmen? Politische Akteure zu sein? Impulse setzen zu wollen und Verantwortung zu übernehmen? Den Wunsch zu haben, daß bestimmte Themen von anderen aufgegriffen werden? Auch wir verfolgen diese Intentionen mit unserem Vorgehen. Wir finden dabei nichts Anrüchiges, denn nur so lassen sich im solidarischen Widerstreit politische Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausbilden, entsteht 'Bewegung'."

"Militant und bewaffnet ins nächste Jahrtausend! ...oder vielleicht doch nicht?" Interim 428, 24.7.1997:

"Kommt es nur uns so vor, dass militantes Auftreten zum Ausdruck verlorengangener gesellschaftlicher Kämpfe geworden ist? Wenn schon die Spießer nicht mitziehen, so sollen sie uns zumindest nicht überhören. Ist es nicht die Sackgasse militanter Politik, wenn Radikalität zum Ersatz für die eigene Niederlage wird."



Wir wollten doch diesen Sommer jeden Tag ein Ei legen!?

Vergiß es!!

(Radikal 153,
Nov. 1995)

E.I.N.I.G.E.
G.E.D.A.N.K.E.N.
Z.U.M.
K.O.M.I.T.E.E.-
K.O.N.Z.E.P.T.
U.N.D. Z.U.R.
S.I.T.U.A.T.I.O.N.
L.I.N.K.S.
R.A.D.I.K.A.L.E.R.,
M.I.L.L.I.T.A.N.T.E.R.
G.R.U.P.P.E.N.

Wie ihr wohl spätestens nach dem durchblättern voranstehender Erklärung (vgl. Seite 16, Anm.d.S.) mitgekriegt habt, hat sich das K.O.M.I.T.E.E. aufgelöst. Bei dem Versuch eine Stellungnahme zu diesem "Projekt" zu schreiben, sind uns eine Menge Fragen und Probleme hochgekommen, die wir für wichtig halten, egal ob die Kollegen mit den vielen Punkten im Namen (versucht den Namen mal zu tippen, das dauert ne halbe Stunde) nun weitermachen oder nicht.

Militante linksradikale Politik ist in der Krise, wie die Linke insgesamt. Das alte Konzept vom Zusammenwirken von legaler Bewegung und militanten Aktionen geht nicht mehr auf. Den verbliebenen Rest von aktiven Gruppen, in welchen Teilbereichen auch immer, die militantes Vorgehen tatsächlich mitzutragen bereit sind,

kann mann/frau kaum als soziale Bewegung bezeichnen. Vielleicht sieht es punktuell in einigen Winkeln der BRD anders aus, z.B. aktuell im Wendland, wo sich einiges bezüglich der Castorproteste regt. Verallgemeinernd läßt sich trotzdem feststellen, daß die Zeiten, wo noch zurecht an die politische Wirksamkeit auch von eingeschlagenen Bankscheiben geglaubt werden konnte, einfach weil es massenhaft geschah, erstmal vorbei sind. Viele zweifeln am Sinn ihres Tuns oder tun nichts mehr. Auch die Organisationsdebatte scheint sich im Sande verlaufen zu haben und anstelle von Organisation der linksradikalen Kräfte, wurde die Landschaft um weitere fraktionierende Gruppierungen bereichert. Das K.O.M.I.T.E.E. hat daraus für sich die Konsequenz gezogen, sich einen Namen zu geben und das Aktionsniveau

auf diese Art das Dilemma besser vor Augen führen zu können.

Situation in Berlin nach dem fehlgeschlagenen Anschlag:

Letztendlich ist Berlin, was oben beschriebene Entwicklung vom Verschwinden militanter Positionen und Aktionen betrifft, eine Stadt, in der aufgrund von guten Ausgangsbedingungen (große Scene, dadurch Anonymität vor dem Bullenapparat...) viel mehr an militanten Aktionen und Massenmilitanz möglich war, als in anderen Regionen. Von daher ist das Verschwinden hier noch nicht abgeschlossen! Aber seit Jahren führen die VerfechterInnen der linksradikalen Militanz einen immer aussichtsloseren Kampf gegen das Wegbrechen ihres Bodens.

Wir hatten das Gefühl, die Repression, die nach dem Scheitern des Anschlags



hochzuschrauben, offenbar um somit als einzelne Gruppe an Einfluß zu gewinnen. Welche Bedeutung Gruppen, wie das K.O.M.I.T.E.E. anscheinend eine hätte werden wollen, in der Krise militanten Widerstands zukommen könnte, ob solche Praxis ein Weg wäre, den andere mittrügen, diese Fragen wollen wir stellen.

Warum denn? Hat sich doch schon erledigt mit dem K.O.M.I.T.E.E. werdet ihr euch vielleicht denken? An solchen Fragen sollte unseres Erachtens viel mehr hängen, als die Einzelentscheidung oder das Einzelschicksal einer militanten Gruppe. Und darum geht's in diesem Text.

Wir SchreiberInnen greifen uns in dieser Problematik nicht als Außenstehende. Wenn wir an einigen Punkten eher zugespitzt formulieren, Situationen überzeichnen, so nicht, weil das ganze Thema weit weg von uns wäre, sondern weil wir hoffen,

in Berlin folgte, hat sie Szene völlig auf dem falschen Fuß erwischt. Terroristenfahndung durch die Bundesanwaltschaft in den eigenen Reihen, darauf war offenbar keine(r) (mehr) gefaßt gewesen. Nur sehr wenige verhielten sich spontan solidarisch, indem sie Geld sammelten, 'ne Demo organisierten etc. Die ganze Geschichte fand ja zu Beginn des bundesweiten, autonomen Kongresses in Berlin statt und von daher waren die Voraussetzungen für Diskussionen, Stellungnahmen und praktische Solidarität mehr als günstig.

Eine Gruppe drückte ihre Solidarität zur geplanten Aktion durch den Namen K:O:L:L:E:K:T:I:V aus und propagierte durch Aktion und Aufruf, die am Knastumbau verdienenden Großfirmen zu schädigen. Dieser Initiative folgten zwei weitere Gruppen mit Anschlägen auf die gleichen Firmen (...). Das ist natürlich nicht gar nichts, sondern in heutigen Zeiten ein recht gutes Ergebnis, was praktische Solidarität und Aufgreifen der Initiative des K.O.M.I.T.E.E.'s angeht. Wir finden solche Reaktionen super! Doch trotzdem wollen wir es auch hier nicht bei dem "Hurra!" stehen lassen, sondern uns auch die Funktion dieser Nachfolgeaktionen genauer anschauen und zur Diskussion stellen.

Denn für viele Männer und Frauen, die sich durchaus als linksradikal verstehen, hatte das ganze überhaupt nichts mehr mit ihnen selber zu tun! Es ließ sich der Eindruck gewinnen, sie fühlten sich eher durch das doch irgendwie exotische Hobby anderer Leute, terroristische Vereinigungen zu gründen, in Mitleidenschaft gezogen. (Damit meinen wir nicht diejenigen, die durch Ungenauigkeiten und Fehler des K.O.M.I.T.E.E.'s in den Mittelpunkt der Fahndung gerutscht sind, sondern eine Haltung, die bei ganz vielen, die jetzt nicht unmittelbar von Verhaftung und bedrohlicheren Ermittlungen betroffen sind, zu spüren war.)

Es wurde zum Teil als lästig empfunden, sich mit dem gänzlich Unzeitgemäßen, mit militanter Politik auseinanderzusetzen zu müssen, wo es doch schon günstig ausgesehen hatte, das Problem so lange aussitzen zu können, bis es von allein verschwände.

Erst als die Bundesanwaltschaft am 13.6. bundesweit drei recht verschiedene Aktivitäten in einen Sack steckte: Radikal, AIZ, K.O.M.I.T.E.E., entstanden Soliplena. Dort ging es viel um die radikal, wenig um das K.O.M.I.T.E.E. und zwangsweise um eine Positionsbestimmung zur Politik der AIZ. Die radikal steht schlimmstenfalls als langweilig da, ansonsten fällt es bei dem Projekt am leichtesten sich zu solidarisieren, was mit Sicherheit auch daran liegt, daß sie ja

in dem Sinne keine militante Gruppe ist, sondern eine Zeitung. Das Schweigen zum K.O.M.I.T.E.E. erklärt sich vielleicht am ehesten darüber, daß es in dem Zusammenhang keine Gefangenen (mehr) gibt. Das Thema AIZ kam erst dadurch überall auf den Tisch, daß durch die Repression zumindest den Frauen und Männern, die von Ermittlungen bezüglich der Gruppe betroffen sind, eine Positionsfindung aufgezwungen wurde. Mit letzterem wollen wir behaupten, daß die Politik der AIZ ohne den 13.6. niemals so breit diskutiert worden wäre.

Wollte man/frau die ehemals erarbeiteten Kriterien autonomer Militanz, z.B. daß die Aktionen und Aktionsformen dem jeweiligen Entwicklungsstand der Bewegung entsprechen müssen, nicht nur wegen der Vermittelbarkeit, sondern auch, weil die Bewegung auch in Motivation und Bewußtsein der nachfolgenden Repression standhalten muß, auf die Aktion in Grünau anwenden, so hätte sie eigentlich nicht stattfinden dürfen. Gelten die Kriterien noch?

Ausgangslage für militante Gruppen
Die Ausgangslage für die, die immer noch linksradikalen, militanten Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse leisten wollen, ist eine Zwickmühle. Das Unrecht ist gewachsen, brutaler, drückender, häßlicher geworden. Der Drang, dem etwas effektives entgegenzusetzen zu wollen, wächst mit. Gleichzeitig wächst aber auch der Frust, die aus den 80ern stammenden Formen der Bewegungsmilitanz immer wieder am Leben erhalten zu wollen.

Nichts klappt, keine(r) kommt mehr. Auf Demos gibts Prügel für alles, was den Bullen nicht paßt, und Zurückschlagen ist ne Seltenheit. Koordinationsversuche zwischen militanten Gruppen scheitern oft vor einem ersten praktischen Versuch. In vielen Gruppen ist auch schon längst nicht mehr klar, welches Projekt angegangen werden soll, was gerade Sinn macht. Mann/frau verzweifelt an sich selbst und den anderen, will nicht aufgeben, wird aber doch auf Dauer das Gefühl nicht los, daß da irgendwas am eigenen Tun den Umständen nicht angemessen ist, nicht mehr hinhaut.

So ungefähr stellen wir uns das lebendig vor, was das K.O.M.I.T.E.E. am Anfang von "Zu unserem Projekt das K.O.M.I.T.E.E." geschrieben hat. Dieses Problem teilen die meisten, die noch übriggeblieben sind. Vor diesem Hintergrund auf die Idee zu kommen, eben dickere Dinger drehen zu wollen, mit kontinuierlichem Namen, um "auf die Entwicklung der linken Szene einen positiven Einfluß zu haben und Orientierungspunkte setzen

Dokumentation

zu wollen", finden wir sehr nachvollziehbar. Aber das K.O.M.I.T.E.E. schreibt, sie kamen zu dem Schluß, daß ihr Schritt "nötig" sei. Das hört sich nach mehr an, als einem individuellen Ausweg. Ist es das tatsächlich? Es gibt im Moment sicherlich ganz verschiedene Wege, die Frauen und Männer einschlagen, die Orientierungspunkte in der Linken setzen und das weitere Abbröckeln aufhalten wollen. Wir gehen davon aus, daß die wenigsten davon sich zu einem ähnlichen Schritt wie das K.O.M.I.T.E.E. entschließen. Das hat bestimmt auch handfeste Gründe.

Viele, die in Regionen mit größeren Szenen lebten, hatten vor Zeiten auf eine gewisse Arbeitsteilung vertraut. Solange genügend Männer und Frauen in öffentlichen Gruppen und auf Plenas radikale und auch militante Standpunkte vertraten oder mitbedachten, konnten sie sich anonymer und zeitintensiver ihrer verdeckten Aktionsplanung widmen. Trotzdem war es in großen Szenen, wie in Berlin, auch möglich, solche Standpunkte zu vertreten, ohne danach die Bullen drauf zu haben. Diese Zeiten sind lange vorbei. Offen sympathisierende Diskussionen über militante Aktionen sind mehr oder weniger unvorstellbar geworden. Wer sich mit seinem Protest im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben bewegt, kann überall reden, wie es ihm/ihr beliebt. Am kürzeren Hebel sitzen die Positionen, für die sich keineR offen hinstellen kann. Wenn es doch eineR vorsichtig wagt, ist die Gefahr groß, daß unsolidarisch damit umgegangen und letztendlich mit dem Finger auf entsprechende Personen gezeigt wird.

Viele Standpunkte drohen gänzlich aus dem öffentlichen Bereich zu verschwinden. Aber sie werden nicht nur nicht mehr ausgesprochen, sondern sie existieren zum großen Teil einfach nicht mehr in den Köpfen, können dementsprechend auch nicht mehr weitertransportiert werden. Damit auf dieser Ebene nicht alles wegbricht, was mal da war, sind einige, die früher offene Plenas eher gemieden haben, in die entstandenen Lücken in der öffentlichen Bereich gesprungen und mühen sich dort unter den oben beschriebenen Schwierigkeiten ab, die Option auf gewisse Ideen und Hand-

lungsformen nicht aufzugeben. Diesen Frauen und Männern fehlt abgesehen von ihrer höheren Gefährdung oft einfach die Zeit und die Kraft für längerfristige militante Projekte. Sie haben

schiedenste Gruppen in ihren engeren Zusammenhängen durchlaufen, irgendwann ist das bekannte Feld abgegrast. Wenn die jetzige Gruppe zerfällt, wird keine neue mehr gesucht. Die dadurch



sich für den entgegengesetzten Weg entschieden, wie das K.O.M.I.T.E.E.. Da eine Doppelfunktion oft nicht mehr vorstellbar ist, drückt sich das durch einen weiteren Aktionsschwund aus.

Die Entscheidung für den öffentlichen Bereich fällt sicherlich oft auch weniger überlegt. Auf irgendeine Art findet im Moment ein Generationswechsel in der Scene statt, der diese Entscheidung begünstigt. Verbindungen von alter und junger Scene gibt es wenig. Die Zeit der Alten ist abgelaufen, viele haben im Laufe der letzten Jahre ver-

stehende Handlungsunfähigkeit der Einzelnen erleichtert dann letztlich auch ihre Entscheidung für den öffentlichen Bereich, wenn sich die Frauen und Männer nicht sogar ganz zurückziehen.

Viele sind mit Sicherheit auch ernsthaft gefrustrert von den vielbeschworenen herrschaftsfreien Strukturen der Autonomen und AntiimperialistInnen, die sich letztendlich natürlich immer doch auch als Räume entpuppten, wo Macht mißbraucht und zugewiesen wurde, wo Cheffinnen und Chefs sich etablierten, wo es teilweise so dogmatisch

zugung, daß Frauen und Männer mit abweichenden Vorstellungen fix und fertig gemacht wurden. Viele sind verletzt liegengelassen und zwar nicht von 'nem Knüppel, den sie auf den Kopf gekriegt haben. Andere erinnern sich mit Grausen an ihr eigenes engstirniges Auftreten, ihr opportunistisches Verhalten in der kleinen Szene, in der alle nach gleicher Moralvorstellung und gleichem Code funktionieren mußten. Aus Angst vor ihrer Schwäche gegenüber solchen Mechanismen wollen sie lieber garnichts mehr mit politischen Gruppen mit persönlichem Anspruch zu tun haben.

Ein sicher ernst gemeinter Versuch die Fehler und Mißstände der autonomen Bewegung zu überwinden und das Verhältnis von Militanz, Bewegung und Öffentlichkeit neu zu strukturieren, war die Organisationsdebatte. Wir sind von dem realen Ergebnis aber nicht begeistert. Vielleicht überdauern die AA/BO-Gruppen ja tatsächlich die Reste der Bewegung und wir finden uns eines Tages doch in ihnen wieder, aber wir können darin im Augenblick keinen vielversprechenden Neuanfang sehen.

Die Konzeption autonomer Militanz und das Konzept, das die RZ's + Zoras zuletzt vertreten haben, waren auf eine Vermassung des Widerstandes hin ausgerichtet. Sie waren zum Teil in bewußter Kritik an der RAF erarbeitet worden, der dabei vorgeworfen wurde, isoliert zu handeln, ohne sich auf die Restlinke in der BRD, auf soziale Bewegungen und die vorhandenen Widersprüche in den Metropolen ausreichend zu beziehen. Darin steckt der Vorwurf, sich diese Isolation freiwillig ausgesucht zu haben. Mittlerweile sieht dies anscheinend ein Teil der RAF und der Gefangenen selbst so. Währenddessen nähert sich die Entwicklung der Linken, einschließlich großer Teile der ehemaligen Autonomen trotz gelegentlicher Lippenbekenntnisse dem Punkt, wo festgestellt werden muß: Die Entscheidung für militanten Widerstand, der über

das Niveau, sich nicht von Nazis verprügeln zu lassen, hinausgeht, führt praktisch in die Isolation, egal, worauf

mann/frau

versucht sich zu beziehen. Die Wahl zwischen einem innerhalb der Bewegung und einem isolierten außerhalb gibt es so nicht mehr. Mittlerweile ist jede militante Kleingruppe eine isolierte Kleingruppe! Traditionell verstand sich die gesamte autonome/linksradikale Bewegung eher als militant. Ihre verschiedenen Ausdrucks- und Aktionsformen sollten eine gemeinsame gesellschaftliche Wirkung entfalten, Druck auf links-liberale Kreise und deren Öffentlichkeitsarbeit ausüben. Inzwischen kann weder von den per se militanten Linksradikalen, noch von einer links-liberalen Öffentlichkeit die Rede sein. Es hat eine Verschiebung stattgefunden. Wenige linksradikale Militante versuchen mit ihren versprengten Aktionen die restliche Szene zu agitieren. Diese wiederum übernimmt immer häufiger Aufgaben, die früher von den Links-liberalen besetzt waren. Das Verhältnis von Militanten zur Szene ist schon lange kein wir mehr. Trotzdem erwartet die Szene nach wie vor, daß sie in Diskussionen um Sinn und Zweck von Militanz, um moralischen Anspruch an Aktionen und vieles andere mehr der Maßstab der Dinge ist.

Kleingruppe mit Markenzeichen

Leider ist das Experiment des K.O.M.L.T.E.E.'s ja schon sehr frühzeitig abgebrochen worden, so daß es keinen Sinn macht, aus ihren Anfängen Prognosen über eventuellen Erfolg bzw. Nichterfolg zu schlußfolgern.

Auf der anderen Seite gab es in den letzten Jahren immer wieder

ähnliche Projekte, über die einiges gesagt werden kann.

Wer diese Projekte mit Sympathie ver-

folgt hat, mußte feststellen, daß die allermeisten Gruppen nach zwei Aktionen und einem längeren Grundsatzpapier zu ihrer beabsichtigten Politik, im Nichts verschwunden sind. Das bar über die Jahre hinweg doch zu einer gewissen Skepsis geführt, was den Erfolg dieses Weges angeht. Faktisch haben nur Gruppenzusammenschlüsse wie z.B. die RZ und die Rote Zora und Projekte mit größeren Strukturen, wie die RAF, die alle schon in den 70er Jahren entstanden sind, geschafft, über Jahre hinweg mehr oder weniger (die Zoras in den letzten Jahren vor 94 auch gar nicht) öffentlich präsent zu sein.

Daraus könnte der Schluß gezogen werden, daß einzelne Kleingruppen mit solchen Projekten offensichtlich überfordert sind. Leider haben die vielen, die irgendwann mal aufgetaucht und dann wieder verschwunden sind, dazu nie was gesagt.

Es bleibt also bei Vermutungen, was ihr Scheitern angeht.

Weiter wäre in diesem Zusammenhang festzustellen,

daß allen solchen Gruppen gemeinsam war, daß sie sich ein höheres Aktionsniveau für ihre Praxis auferlegt hatten, als der Durchschnitt der militanten Gruppen (Ausnahme wäre da z.B. KGK (Klasse gegen Klasse), die es ja auch nach wie vor gibt).

Haben sich die meisten dieser Gruppen mit ihrem angestrebten Aktionsniveau überfordert und sind deshalb so schnell wieder ins anonymere Fahrwasser der Autonomen eingetaucht? Warum die "Namensgebung" bei so vielen mit einem bestimmten Aktionsniveau verkettet ist, scheint uns im Nachhinein eher ein komischer Psycho, als eine wirkliche Notwendigkeit.

Dahinter steckt bestimmt auch eine Hierarchisierung von Aktionen und Mitteln, die es zwar offiziell nicht geben darf, aber trotzdem nicht aus den Köpfen zu kriegen ist (Bomben sind was höheres als Mollies und Bundeswehrkasernen was höheres als Bagger etc.). Der Schritt von der

anonymen Gruppe, die Brandanschläge verübt, zur Gruppe mit Markennamen, die Spreng-

stoff benutzt, hat in der autonomen Leistungsgesellschaft irgendwie auch was von Hocharbeiten.

Trotzdem scheint uns gerade in der jetzigen Situation eine gewisse (auch gefährliche) Logik darin zu liegen, immer größere, aufwendigere und spektakulärere Aktionen machen zu wollen. Wenn kleinere Aktionen zunehmend unbeachtet verpuffen, weil sie nicht mehr zahlreich stattfinden und durch eine größere Bewegung ihre eigentliche Brisanz erhalten, wenn verschiedenste Vernetzungsversuche mit anderen gescheitert sind, liegt es für militante Gruppen nahe, sich die öffentliche politische Wirkung durch Steigerung der Mittel, die sie selbst in der Hand haben, zu verschaffen.

Eine Gefahr und teilweise auch Tatsache, die entsprechende Gruppen selbst schon formuliert haben, ist ihr Abrutschen in StellvertreterInnenpositionen, was ihrem beabsichtigten Wunsch viele Männer und/oder Frauen zum mitmachen zu agitieren, entgegen läuft. Dieses Problem existierte auch schon zu Zeiten, in denen zahlenmäßig viel mehr Männer und Frauen dem militanten Widerstand zuzurechnen waren. Solange es da welche gibt, die gute, wirkungsvolle Aktionen machen, kann frau/man sich ja zurücklehnen. Radikalität verkommt zur Sympathieempfindung für "unsere Zoras" oder "unsere xxx". Das ist die andere Seite der Hierarchien. Die Gruppen gewinnen nicht nur ein Stück weit an Beachtung und Bedeutung, sondern entfernen sich dadurch gewollt oder ungewollt von anderen, die nicht in ähnlichen Positionen agieren.

Gruppen, die sich wie das K.O.M.I.T.E.E. größere militante Projekte vornehmen, langfristige Planungen und Suche nach der Möglichkeit einer effektiven Beschädigung oder Behinderung in Kauf nehmen, technische Weiterentwicklung und Forschung betreiben, um ihren Anforderungen nachkommen zu können, sind kräftemäßig als einzelne Gruppe höchstens zu 1-2 Aktionen im Jahr in der Lage (die AIZ erscheint hier als erfolgreiche Ausnahme, aber wir denken, daß sie es sich mit ihren Aktionen auch zu leicht macht). Das ergibt bei einer Anzahl von 3-5 Gruppen in der BRD nicht besonders viel Wirbel. Es besteht die Gefahr, daß entsprechende Gruppen

dies gar nicht so wahrnehmen, sondern vorrangig ihr subjektives Erfolgserlebnis sehen und dieses mit der tatsächlichen Bedeutung für die Linke verwechseln.

Ein anderes Problem ist der Knast. Die autonome Nonamevariante ist u.a. auch als Schutz vor Repression entwickelt worden. Über Jahre haben die gleichen Männer und Frauen teilweise auch in ähnlichen Konstellationen viele Aktionen gemacht ohne daß sie im Zweifelsfall für eine zuviel verknackt hätten werden können. Dieses Konzept hat bislang gut funktioniert. Es gab auf seiten der Autonomen nur wenige langjährige Verurteilungen. Mit sinkender Anzahl von agierenden Gruppen und größerer Möglichkeit der Repression, die Kreise der Männer und Frauen einzugrenzen, die überhaupt in Frage kommen, relativiert sich der Schutz, den dieses Konzept bietet. Trotzdem gibt's wesentlich höhere Knastzeiten, wenn man/frau zu einer Aktion und außerdem zu Mitgliedschaft in einer Vereinigung verurteilt wird.

Und wie sieht es überhaupt aus mit Einfahren in Zeiten wie diesen? Vielen fehlt schon länger das Gefühl, Teile einer Bewegung zu sein, für deren Ziele, Ideen und Aktionsformen es sich lohnt, das persönliche Risiko Knast einzugehen.

Es ist nicht mehr selbstverständlich, daß draußen weitergeht, was man/frau politisch angefangen und mit anderen geteilt hat. Natürlich fällt die Entscheidung militant zu agieren und dadurch Knast zu riskieren wesentlich leichter, wenn viele Männer und Frauen dazu bereit sind. Nicht zuletzt genossen Linke, die längere Haftstrafen hinter sich gebracht hatten, ein gewisses Ansehen. Mittlerweile käme ein solches einem Verbandsligantel im Querfeldeinschwimmen gleich.

Eine für uns recht unerklärliche Schwierigkeit der real existierenden Gruppen mit Markennamen besteht in ihrer Kommunikationsunfähigkeit. Es wirkt so, als wollten sie alle unbedingt nur in ihrer eigenen Suppe schwimmen. Es ist eine totale Unkultur sich

als eine solche Gruppe aus allem rauszuhalten, was diskutiert wird und auch auf Stellungnahmen, die zu eigenen Artikeln (heutzutage ja fast nur noch in Form von Erklärungen) geschrieben werden, prinzipiell nicht zu antworten. Solche Kritik geht nicht nur berechtigterweise an die RAF (in diesem Zusammenhang ist es total lohnenswert die Prozeßerklärung von Birgit Hogefeld, veröffentlicht im

Info 6,

(...), zu lesen), die das am allerhärtesten durchgezogen hat, sondern mittlerweile genauso an die RZ und Zoras. Das wiederum trägt auch zu der Distanz bei, die es zwischen diesen Gruppen und anderen gibt und verunmöglicht, daß die wenigen Aktivitäten, die es auf dieser Ebene noch gibt, mehr zusammenrutschen und gemeinsame Kraft entwickeln. Uns persönlich frustriert es zum Teil nur noch, die Erklärungen der jeweiligen Gruppen zu lesen. Wir fänden es den absoluten Wahnsinn, wenn die RZ z.B. sich in die Diskussion um die Politik der AIZ einklinken würde oder das K.O.M.I.T.E.E. mit den Flammenden Herzen über

Militarismus und Männerrollen diskutierte, und zwar nicht nur durch einen Schrieb, sondern so, daß wirklich was hin und hergeht und alle, die Interesse haben, sich beteiligen könnten. Dabei wäre das im Grunde doch das normalste der Welt, daß Linke, die bestimmte Politik machen wollen, sich in irgendeiner Form darüber austauschen. Daß dies überhaupt nicht normal ist, sondern kaum eine(r) zu denken wagt, ist doch ein absolutes Armutzeugnis. Wenn alle isoliert vor sich hinwurschteln und dann einmal im Jahr ne recht gute Aktion mit einer in der Regel ziemlich zusammengeschaubten, merkwürdigen linken Analyse verbunden wird, die im luftleeren Raum schwebt, ist es nicht verwunderlich, wenn das keine hinter



Niedergebrannte „Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber“ (ZSA) in Berlin nach einem antirassistischem Brandanschlag der „Revolutionären Viren“ im Sommer 1987

dem Ofen hervorlockt.

Trotzdem, um nicht falsch verstanden zu werden: In der Lage dazu zu sein, ganz realen Schaden anzurichten, nicht nur zu fordern, daß etwas weg muß, sondern es tatsächlich zu beseitigen, ist und bleibt notwendig, um Gegenmacht spürbar und erfahrbar zu machen, auch wenn dadurch die bestehenden Verhältnisse nicht ins Wanken geraten. Auch wenn die Aussichten auf weitere Verbreitung erstmal illusorisch sind, muß diese Funktion militanter Gruppen in der derzeitigen Situation unbedingt erhalten und weiterentwickelt werden.

Nachwuchs

„Wir wollten mit unserem Namen und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Angreifens, die allen offenstehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen“, erklärt das K.O.M.I.-T.E.E..

Das hört sich für uns doch eine Spur zu einfach und problemlos an.

Tatsächlich begeben sich Gruppen, die solche Praxis durchführen auf ein Niveau von Aktion, daß nicht einfach so

von jederfrau und jedermann nachgemacht werden kann. Es wäre falsch vorzugaukeln, daß da nicht vorher eine Menge Erfahrungen gesammelt und Auseinandersetzungen geführt sein sollten! Doch mit dem Schwinden der Massenmilitanz schwinder auch die Möglichkeit gerade solche Lernprozesse zu machen. Gerade die vielen kleinen Aktionen und auch die unverbindlichen Zusammenschlüsse der Autonomen, die zwar einerseits immer wieder als Spielweise kritisiert wurden, boten doch auf der anderen Seite die Möglichkeit auszuprobieren, inwieweit einzelne sich was zutrauen, welche Aktionsformen für welche Gruppenkonstellationen machbar sind, wo Grenzen erreicht wurden... und auch zuletzt die Möglichkeit auszusteigen, wenn es für einzelne so überhaupt nicht mehr weiterging.

Gruppen mit größeren Strukturen, wie die RZ's und die Zoras haben in Sachen "Nachwuchs" sicherlich auch auf Männer und Frauen zurückgegriffen, die ihre Politisierung und praktischen Erfahrungen unabhängig von den konkreten Zusammenhängen der RZ gemacht hatten. Wie das bei der RAF mit dem subjektiven Sprung funktio-

niert, ist uns eher unklar, aber zu bestimmten Zeiten gab es auch von den AntimperialistInnen einiges an Aktionen, so daß es möglich gewesen wäre, in solchen Kreisen eine gewisse Entwicklung zu durchlaufen, um dann irgendwann zu springen. Das mit der RAF ist auch aus anderen Gründen nochmal gesondert zu betrachten, da sie als einzige Gruppe die Entscheidung getroffen hat, die Tötung von Funktionären zur Aktionsebene zu machen. Dies setzt unseres Erachtens nochmal ganz andere Klarheiten voraus, als die Entscheidung irgendwelche Gebäude zu sprengen. Wie sich im Nachhinein zeigt, ist in der persönlichen Entscheidung diesbezüglich auch jede Menge schief gelaufen, sonst würden jetzt nicht so viele ehemalige RAFlerInnen ihre GenossInnen von damals denunzieren und auf weitere Lebenslänglich hinter Gitter bringen.

Damit die Voraussetzungen für eine Verbreiterung von militanter Politik nicht völlig aufgegeben oder auf Jahre verschüttet wird, wäre es weiterhin notwendig, daß Gruppen auf ganz verschiedenen Aktionsniveaus agieren, und die Entwicklung nicht dahin läuft, daß außer einigen wenigen Vorzeigeverei-

nen militante Praxis bis auf weiteres eingestellt wird. Eine andere Möglichkeit wäre, daß die verbliebenen Militanten neue Konzepte erarbeiten, um "Nachwuchs" zu bekommen. Dazu scheint wieder eine wie auch immer geartete Vernetzung dieser Gruppen notwendig. Wenn das Netz der Scene wegbricht, müßte an diese Stelle ein verbindlicheres zwischen den verschiedenen Gruppen aufgebaut werden. Das gilt nicht nur in Bezug auf "Nachwuchs", sondern auch, um überhaupt wieder in der Lage zu kommen, politische Wirksamkeit zu entfalten. Obwohl bisherige Versuche hierbei nicht sonderlich erfolgreich waren, denken wir, daß die Frage, ob und mit welchem Erfolg eine solche Vernetzung nochmal von den verschiedensten Gruppen angegangen wird, eine zentrale Bedeutung für die Weiterführung linksradikaler militanter Politik hat.

Fazit

Wir bedauern, daß die Sprengung des Abschiebeknastes nicht geklappt und das K.O.M.I.T.E.E. sich infolge der Umstände jetzt aufgelöst hat. Wir denken schon, daß das Gelingen der letzten und möglicherweise noch weiterer Aktionen guten Einfluß auf Motivation und Verfassung der linksradikalen Szene gehabt hätte. Das strukturelle Problem scheint uns aber durch das Konzept der Kleingruppe mit Markennamen keineswegs lösbar. Dazu braucht es mehr als eine Gruppe. Wir nehmen an, so haben sie es sich auch nicht gedacht. Eine solche Initiative scheint uns eher eine Möglichkeit, das eigene Gewicht so komplett wie möglich in die Waagschale zu werfen. Was aber eine Menge Risiken und Widersprüche in sich birgt, solange sich bei oben beschriebenen Problemen keine neuer Konturen abzeichnen.

Wir würden uns freuen, von möglichst vielen Gruppen (K.O.L.L.E.K.T.I.V., Autonome Gruppe Celal Akan, Gruppe Oleg Ruksha,... und natürlich auch allen, die mit Markennamen operieren), was dazu zu hören. Genau so von einzelnen und ihren Erfahrungen, wenn sie keine Gruppen mehr haben. Wenn wir mit unserer Einschätzung völlig daneben liegen, holt uns bitte wieder auf den Teppich.

Unser Papier erschöpft sich an diesem Punkt, denn das, was in der von uns

problematisierten Entwicklung etwas voranbringen würde, können wir selbst nicht liefern. Dies wäre in aller erster Linie eine praktische Initiative, die so angelegt wäre, daß sie einige hiergenannte Probleme durch konkrete Versuche angeht. Sei es das Vernetzen, als auch das wirkliche Einklinken in Diskussionen.

noname

Folge-Aktionen:

Am 8. Juni 1995 wurden Brandsätze unter drei Fahrzeuge der Bau- und Gerüstfirma "Allround" gelegt, die am Bau des Abschiebeknastes Berlin-Grünau beteiligt ist. Verantwortlich erklärte sich "Das K.O.L.L.E.K.T.I.V.":

Am 21. Juli 1995 wurden Brandsätze auf einem Lagerplatz der Firma "Arnold Kuthe GmbH" deponiert, die am Bau des Abschiebeknastes Berlin-Grünau beteiligt ist. Verantwortlich erklärte sich "Das K.O.L.L.E.K.T.I.V.":

Am 18. August 1995 wurde ein Bauwagen mit einer Baumaschine darin angezündet, der der Firma "Arnold Kuthe GmbH" gehörte, die am Bau des Abschiebeknastes Berlin-Grünau beteiligt ist. Verantwortlich erklärte sich die "Autonome Gruppe Celal Akan".

VOLL DURCH DIE MITTE UND DOCH DANEBEN

(Interim 352, 16.11.1995)

Einige vielleicht unbequeme Anmerkungen zur letzten Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.s

Die Gruppe "K.O.M.I.T.E.E." hat sich vor einigen Wochen aufgelöst. Bisher gab es noch keine schriftliche Reaktion auf ihr Papier. In Gesprächen ist zu hören, daß viele das Papier in Teilen als zu gewagt empfinden, im allgemeinen gibt es jedoch mehr Zustimmung als Kritik. Diese fällt leider zumeist hinten runter - insbesondere durch den Umstand, daß 3 Leute abrauchen mußten. Eine Kritik ist jedoch auf der politischen Ebene angebracht und diese sollte auch keinesfalls als ein Zeichen der Entsolidarisierung gegenüber den gesuchten und kriminalisierten Leuten verstanden werden. Es folgen also einige kritische Fragen und Antworten.

Das K.O.M.I.T.E.E. zieht mit ihrer Entscheidung der Auflösung eine Kon-

sequenz aus dem Scheitern (das *kursiv* gedruckte sind Wörter und Passagen aus der Erklärung) ihrer Aktion in Grünau und aus der *Gesamtheit* der von ihnen gemachten Fehler. Gleichzeitig wird noch einmal betont, daß ihre Entscheidung keineswegs als ein *Abgesang auf militante Politikformen im Allgemeinen*, sondern lediglich eine persönliche Konsequenz aus dem *Debakel* zu verstehen ist. In ihrem Papier vom 6.9.95 versucht die Gruppe ihre schwerwiegenden Fehler zu benennen und *selbstkritisch zu reflektieren*. Dabei konzentriert sich die Gruppe zum einen auf technische Fehler bei der Durchführung der Aktion und zum anderen auf Überforderungen innerhalb der Gruppe und die innere Gruppendynamik, die sie mit einer *"Alles oder Nichts"-Haltung* charakterisieren. Einer kritischen Einschätzung ihrer Politik bzw. einem deutlichen Hinterfragen ihres politischen Projektes geht die Gruppe jedoch weitgehend aus dem Weg. Es heißt lediglich, daß sie ihrer *Verantwortung* gegenüber der Öffentlichkeit und der Linken nicht gerecht geworden sind und weiter: *Der von uns anvisierte Effekt, mobilisierend auf die radikale Linke zu wirken, hat sich durch unser Scheitern und durch die Art des Scheiterns ins Gegenteil verkehrt!*

Dem Fazit vom 6.9. zufolge, wurde das Projekt K.O.M.I.T.E.E. vor allem wegen der Fehler bei der Grünau-Aktion beendet und weniger aus politischen Fehlern. So verständlich und richtig wohl die Auflösung ist, weil die Gruppe ihren Ansprüchen nicht nachkommen konnte oder auch aus Gründen der Kriminalisierung und Konfrontation mit der Justiz - das Hinterfragen ihres Projektes und ihres politischen Ansatzes geht nicht weit genug! Zwar wird versucht, ihre Politik im nachhinein transparent zu machen, ihr Ansatz wird allerdings unhinterfragt als "erfolgsversprechend" präsentiert. "Bildet viele radikale K.O.M.I.T.E.E.s"? (Es ist natürlich klar, daß dieser Spruch vor allem im Zusammenhang mit der Kriminalisierung zu verstehen ist.)

Es kann kaum davon die Rede sein, daß das Projekt in Anbetracht der *Gesamtheit* der gemachten Fehler nun aufgegeben wurde. Vielmehr werden leider Mythen und unrealistische Einschätzung zur Bedeutung von linksradikaler Militanz und militanter Politik im Abschlußpa-

pier der Gruppe fortgeschrieben, sodaß sogar konstatiert wird, das Scheitern der Grünau-Aktion hätte zu einer Demobilisierung der radikalen Linken geführt. Diese Einschätzung zeugt von einer Selbstüberschätzung ihrer Politik und Praxis als K.O.M.I.T.E.E. und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Sie zeugt von einer Fehleinschätzung militanter Politik überhaupt und nicht zuletzt auch der von ihnen angeführten *politischen* Lage.

Es steht also zur Frage, ob eine Aktion, wie sie in Grünau geplant war, wenn sie denn geklappt hätte, in der derzeitigen politischen Situation überhaupt einen mobilisierenden Effekt auf die radikale Linke oder die sonstige Öffentlichkeit gehabt hätte. Dies soll die Richtigkeit der Aktion selber noch keineswegs grundsätzlich in Frage stellen, aber die politische und strategische Ausrichtung des Projekts K.O.M.I.T.E.E..

Daß es sich beim K.O.M.I.T.E.E. überhaupt um ein längerfristig angelegtes Projekt gehandelt hat, ist erst gleichzeitig mit der Auflösung jenes bekannt geworden. In der Erklärung zur Aktion in Bad Freienwalde wird kein Wort dazu verloren. Das "Projekt" wird von der Gruppe praktisch nachgeschoben. Das ist natürlich schon etwas seltsam und es stellt sich die Frage nach dem Sinn, da es der Kriminalisierung natürlich noch zusätzlich Futter liefert.

Woher kommt der offensichtlich hohe Erklärungsdruck? Es ging der Gruppe darum, nicht nur gemachte Fehler ih-

rer Praxis öffentlich und nachvollziehbar zu machen, damit andere militante Gruppen praktisch daraus lernen könnten, sondern ein politisches Selbstverständnis zu vermitteln.

So gut und richtig sicherlich die Veröffentlichung eines Selbstverständnisses von militanten Gruppen ist, so scheint jedoch die Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.s nicht unwesentlich etwas mit der eigenen Verortung in der *linken Szene* zu tun zu haben. Und diese Verortung war dergestalt, daß das K.O.M.I.T.E.E. sich als militante Gruppe in gewisser Weise eine richtungsweisende, vielleicht sogar avantgardistische Rolle in der linksradikalen und autonomen Politik beimaß.

Richtig ist sicherlich, *daß Beiträge und Interventionen von Gruppen deren Name für eine bestimmte Praxis und politische Ausrichtung steht, von der Öffentlichkeit und der Linken mit einer größeren Aufmerksamkeit gelesen, verfolgt und diskutiert werden können als Veröffentlichungen von Gruppen ohne erkennbare Kontinuität.*

Insbesondere auch für die mediale Verbreitung kann ein gleicher Gruppennamenname durchaus von Vorteil sein. Auf der anderen Seite zeichnen sich viele militante Aktionen verschiedenster Gruppen gerade dadurch aus, daß sie in einem erkennbaren Kontext zu sozialen Brennpunkten, autonomer Bewegung oder linksradikaler Basispolitik stehen. Es ist eine alte Weisheit, daß militante Aktionen nicht nur durch den Angriff

auf eine Institution des Systems einen Sinn bekommen, sondern auch dadurch, daß sie politische Bewegungen und soziale Zusammenhänge konkret in ihrer Politik und ihren Forderungen unterstützen. Die Bedeutung des militanten Angriffs ergibt sich letztlich aus der Bedeutung der "Basispolitik". Das K.O.M.I.T.E.E. versuchte dagegen, aus einer gewissen Isolation oder auch Abgehobenheit heraus, mit militanten Aktion Orientierungspunkte zu setzen und einen positiven Einfluß auf die Entwicklung der linken Szene zu haben.

Dieser Ansatz militanter Politik erinnert fataler Weise an die Vorreiterrolle und den avantgardistischen Ansatz, der zum Teil von den Revolutionären Zellen, der Roten Zora oder auch der RAF betrieben wurde. Dem *Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen* wollte die Gruppe jedoch gerade selbst nicht auf den Leim gehen.

Es drängt sich zudem die Frage auf, ob die gemachten praktischen Fehler - die "Alles oder Nichts"-Haltung - etwas mit dem Ansatz und Selbstverständnis der Gruppe zu tun haben könnten.

Mit ihrem *ersten Schlag* gegen die Bundeswehr in Bad Freienwalde, der von der Gruppe im nachhinein auch mehr als symbolische Aktion betrachtet wird, sollte das Thema *Befreiungskampf des kurdischen Volkes* bzw. die Mitverantwortlichkeit der BRD am *Krieg in Kurdistan* u.a. in der Linken gepusht werden. Das allgemeine Nichtverhalten



der radikalen Linken wurde als *unsolidarisch* betrachtet. Zum anderen wurde der deutschen Linken aber gerade eine *besondere Verantwortung* zu diesem Thema zugeschrieben. Anders gesagt war die Aktion gegen die Bundeswehr sozusagen u.a. als Auftakt zu einer Solidarkampagne gedacht: Hier müssen "die Linken" jetzt was machen, alles andere ist unsolidarisch. Dieses strategische Verständnis einer militanten (mit moralischem Unterton) gegenüber (der) Linken und überhaupt ist jedoch vermessenen und äußerst fragwürdig.

In bezug auf die Grünauaktion ist es sehr verwunderlich, daß mit keinem Wort auf die Flüchtlingskampagne der RZ und ihrer diesbezüglichen Selbstkritik zu militanter Politik eingegangen wird. Sicherlich wäre die Aktion bei Gelingen ein durchaus *effektiver Eingriff in die Umsetzung der Abschiebebeschlüsse* gewesen. hätte den *Ausbau der Maschinerie vorübergehend gestoppt* und das wäre ohne Zweifel gut gewesen. Der Einfluß der Aktion wäre oder ist auf die Entwicklung "der Linken" zu Masse, Stärke und Bewegung mit Gelingen oder Scheitern - so oder so - relativ gering gewesen.

Militante (Einzel-)Aktionen sind auch in der heutigen bewegungsarmen Zeit eine Möglichkeit sich der allgemeinen Mutlosigkeit und völligen Anpassung entgegenzustellen und aktiv zu werden. Sie sind eine Möglichkeit in dieser Gesellschaft nicht ratenlos zuzusehen was abgeht, sondern selber, zusammen

mit einigen Freunden aktiv zu werden, auch wenn sie dabei oft nur einen Protestcharakter haben. Darüberhinaus können sie Spaß machen und einem/r das Gefühl geben, hier etwas richtiges zu tun, um nur einige wenige Aspekte zu nennen. Jedoch ist weder dem Glaubwürdigkeitsverlust der Linken noch dem Glauben an die persönliche Radikalität mit *konsequenter militanter Praxis* beizukommen. Und was soll hier überhaupt eine konsequente militante Praxis heißen? Doch wohl kaum 1-2 mal im Jahr ein großes Ding drehen. Der Glaubwürdigkeitsverlust der Linken findet vielmehr im stinknormalen Alltag statt. Gerade was den sozialen Alltag und Umgang der letzten X Jahre in der "linken Szene" angeht, kann man und frau den Glauben an "unsere" Politik schon verlieren. Und es ist an vielen Punkten richtig, zu sagen, daß es so nicht weitergehen kann und ich das so nicht mehr weiter machen will und werde. Dementgegen wird die militante Aktion von der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. konsequent zu hoch gehalten!

Eine Linke, die *ihre Niederlage* wegen fehlender konsequenter Militanz *schon im eigenen Kopf erlitten hat*, ist eine zu sehr konstruierte und undifferenziert betrachtete Linke. Im übrigen steht auch schon seit längerem im Raum, daß linke Politik und gesellschaftliche Veränderung sich mehr als auf "Sieg oder Niederlage" beziehen muß. Auf der anderen Seite ist die Kritik an die Adresse bestimmter "linker Kreise", sich unsolidarisch zu militanten Aktionen zu verhalten, sicherlich richtig, wird aber wahrscheinlich ungehört bleiben. Die Politik des K.O.M.I.T.E.E.s steht zwar un widersprochen dafür, *auch in schlechten Zeiten der ständigen Schere zwischen Denken und Handeln getrotzt zu haben*. Sie steht dafür, daß es heute und in dieser Gesellschaft möglich und richtig ist, die Bundeswehr anzugreifen und einen Knast in die Luft zu jagen, auch wenn es diesmal nicht geklappt hat. Dies kann jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sogar die meisten Linksradikalen zur Praxis der Gruppe eine erhebliche praktische Distanz haben, geschweige denn der Rest der hier Lebenden, sodaß diese Praxis weniger für die Möglichkeit eines Eingreifens für jedermann und jede-frau steht.

autonome - mehr als militanz!

Nicht jede/r kann anfangen

(ak 383, 19.10.1995)

Wer kennt sie nicht, die sarkastische Behauptung von Karl Marx, die Geschichte wiederhole sich, aber eben nur als Farce. Daran wird man unweigerlich beim Lesen der Erklärung der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. auf dieser Seite erinnert. Schon der zweite Versuch, mit "konsequenter militanter Praxis, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen", mündete in ein Desaster, das schließlich sogar die erklärte Aufgabe der Gruppe zur Konsequenz hat. Allein, Hohn und Spott ob ihres kläglichen Scheiterns hat die Gruppe sicher genug geerntet und es wäre auch der falsche Weg, auf die hinter dieser Erklärung stehenden Probleme einzugehen.

Als die RAF ihre Anschlagserie mit dem Bombenanschlag auf das NATO-Hauptquartier in Heidelberg begann, gingen die GründerInnen noch davon aus, damit langfristig eine Bombe in das Bewußtsein des Proletariats legen, den "schlafenden Riesen" aufwecken und es an seine eigentliche Aufgabe, die proletarische Revolution, erinnern zu können. Wieviel bescheidener hört sich dazu im Vergleich die Begründung des K.O.M.I.T.E.E.'s an, deren Propagandaziel nur noch die radikale Linke ist. Dennoch hat dies wenig mit politischem Realitätsinn zu tun, wie man bei einer solchen Einschränkung meinen möchte. Der von ihnen selbst beklagte Einflußverlust der radikalen Linken wird eben nicht darauf zurückgeführt, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse zwar objektiv aber eben nicht subjektiv nach Revolution schreien oder daß vielleicht die radikale Linke mit ihren Rezepten nicht auf der Höhe der Zeit ist. Vielmehr soll mit militanten Aktionen Mut gemacht werden, sollen die entsprechenden Themen (Kurdistan, Bundeswehr, Abschiebung) "gepusht" werden, so als bedürfte es nur des Anstoßes, um ein verschüttetes Bewußtsein frei zu legen. Und so fehlt denn auch nicht die schon 1970 falsche Behauptung, jeder könne anfangen und es bedürfe nur dieses Anfangs eines jeden: "Wir wollen mit unserem Namen



und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Angreifens, die allen offen stehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen."

Dieser Einengung politischer Praxis auf die "Propaganda der Tat" folgt in der Regel eine völlige Überschätzung ihrer Bedeutung für eine gesellschaftsverändernde Praxis und die Unterordnung unter die Regeln der Mediengesellschaft. Der Bombenanschlag auf eine Bundeswehrereinheit sollte Auslöser dafür sein, "daß die Bundeswehr mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückt". Als wenn es das Problem wäre, daß die Bundeswehr zu wenig im Mittelpunkt des Interesses stünde, als wäre es das Problem, daß die Menschen nicht wüß-

ten, daß sie in Ex-Jugoslawien Krieg führt. Darauf muß man nicht mit Anschlägen hinweisen. Das Problem ist, daß das Kriegführen gebilligt wird (mindestens stillschweigend). Dem wiederum kommt man nicht mit solchen Anschlägen bei.

Das Problem ist auch nicht, daß die Menschen in diesem Land nicht wissen, daß Zufluchtsuchende abgeschoben werden. Das Problem ist, daß sie es wissen und es billigen. Unbestritten soll sein, daß die erfolgreiche Sprengung eines im Bau befindlichen Abschiebeknastes bei dem, was radikale Linke genannt wird, mehr als einen befriedigenden Seufzer hervorgerufen hätte. Sand im Getriebe wäre dies gewesen, aber schon die Behauptung, damit wäre der Ausbau der Abschiebemaschinerie "zumindest vorübergehend

gestoppt" worden, läßt sich durch Fakten nicht bestätigen.

Läßt man alles Drumherum beiseite, reduziert sich die Erklärung der Gruppe für diese Art der Politik auf einen Begriff: "Konsequente militante Praxis könnte einer der Hebel sein, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen." Es ist ein alter Fehler, zu versuchen, durch scheinbar noch radikalere Praxis den Einflußverlust wettmachen zu können. Bei wem wird mit solchen Aktionen nach außen Glaubwürdigkeit ge-



Dokumentation

wonnen? Es könnten doch wohl nur die sein, die ihren Glauben in die radikale Linke verloren haben, weil sie (hier vor allem wohl die RAF oder die RZ) im militanten/militärischen Sinn bei Null steht. Wer sind diese Menschen, die nur auf ein solches Signal warten? Wieviele sind es und was könnten sie, einmal "aufgeweckt" und "ermutigt" zur Veränderung beitragen? Ohne dieses Drumherum ausgedrückt bringt diese Erklärung rüber: militante Praxis ist für die Gemütslage der radikalen Linken gut. Daß dies so ist, darüber braucht eigentlich nicht gestritten werden (auch wenn dies wiederum einiges über den Stand dieser Linken aussagt), aber das allein kann wohl nicht ernsthaft Grundlage einer politischen Strategie sein.

In der Berliner radikalen/autonomen Linken wird das Versagen der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. vor allem daran diskutiert, daß sie in der Organisation und Absicherung ihres Projekts dilettantisch vorgegangen ist und es der BAW durch die Verwendung eines Organisationsnamens für mehrere Anschläge ermöglicht hat, eine Organisation nach §129a zu konstruieren. Die Verfolgung durch die BAW im Umfeld der Verdächtigen verbietet hier eigentlich jeden Sarkasmus. Aber eben nur eigentlich, wenn die Gruppe und die Betroffenen in ihren Erklärungen nicht selbst diesen hervorrufen würden. Selten hat es eine so eitle und halbherzige "Selbstkritik" einer politischen Gruppe nach einem solchen Desaster gegeben. Großmäulig wird zu Beginn der Erklärung bekannt gegeben, die Gruppe K.O.M.I.T.E.E. werde als Konsequenz aus ihrem Scheitern die Selbstauflösung

vornehmen, um am Ende zu erklären, bis auf die dilettantische Ausführung sei alles bestens gelaufen, weshalb man sich freue, daß es für die aufgelöste Gruppe K.O.M.I.T.E.E. umgehend eine Nachfolgegruppe K:O:L:L:E:K:T:I:V gäbe. Vielleicht hätte es ja tatsächlich die Chance für die Verfolgten und Eingesperrten gegeben, mit der Auflösungs-erklärung die Anklage nach §129a zu erschweren. Dann hätte man den Hut ziehen sollen, daß eine Gruppe die Courage findet, sich durch Selbstauflösung zum Gespött der Szene zu machen, um damit anderen Menschen eine Chance auf Freiheit zu geben. Mit der Erklärung, unter anderem Namen weiter zu machen, ist diese Chance vertan. Ist dies nun nur Eitelkeit einer "Männercombo" oder schlichtweg Verantwortungslosigkeit gegenüber denjenigen, die jetzt für das Scheitern des An-



schlages für Jahre in den Knast müssen? Es ist eine Sache, wenn Menschen durch Anschläge auf Gewalteinrichtungen zur Minimierung der Gewaltmöglichkeiten des Staates beitragen wollen. Darüber kann in jedem einzelnen Fall diskutiert werden. Eine andere ist jedoch, wenn dies mit dem Erweckungsgedanken verbunden wird. Dann kann an diese Aktionen auch nicht mehr nur der Grad der handwerklichen Fähigkeiten betrachtet werden, sondern sie müssen einer politischen Kritik unterzogen werden. Die Ansprüche waren ja auch nicht gerade bescheiden: "Wir waren uns darüber im Klaren, daß eine solche Ausrichtung hohe Verantwortung und Genauigkeit erfordert. Fehleinschätzungen der politischen Lage, Ungenauigkeiten in der politischen Diskussion oder das Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen usw. wären nicht nur auf uns, sondern dadurch, daß wir Orientierung bieten wollen, evtl. auch auf die Linke im Allgemeinen zurückgefallen." Damit ist der Nagel auf den Kopf getroffen.

he., Hamburg



Vorbemerkung: Die dramatische Entwicklung in Kurdistan seit Herbst 1998 konnte in diesem Text nicht mehr berücksichtigt werden. Die hier von uns benannten bzw. dokumentierten Sichtweisen haben aber dadurch nicht an Aktualität verloren, wie wir meinen.

Das K.O.M.I.T.E.E. hat mit seinen zwei Aktionen den Krieg in Kurdistan thematisiert. Zu diesem Krieg und seinen Auswirkungen in Kurdistan, Türkei und Deutschland gibt es zahlreiche Veröffentlichungen, weshalb wir uns darauf beschränken, neben den Erklärungen des K.O.M.I.T.E.E.s ein paar Lesetips zu geben. Uns interessiert hier mehr das Verhältnis der deutschen radikalen Linken zum kurdischen Befreiungskampf.

Das K.O.M.I.T.E.E. stellt dazu nur knapp in seiner (Auflösungs-) Erklärung vom 6.9.95 fest: "Wir empfanden das weitgehende Nichtverhalten der radikalen Linken hier als eine Bankrotterklärung. Vielerseits mußte als Begründung dafür die zum Teil berechnete Kritik an der Politik der PKK herhalten. Kritik an der PKK stellt für uns aber keine Rechtfertigung für unsolidarisches Verhalten dar." Sinngemäß sehr ähnlich, wenn auch ausführlicher, äußerte sich übrigens die ROTE ZORA in ihrer Erklärung vom 24.7.95 (Anschlag auf die Lürßen-Werft).



ein Thema für liberale bzw. humanitär engagierte deutsche Linke ist. Karin Leukefeld schreibt zudem in ihrem Buch "Solange noch ein Weg ist..." (S.294) zutreffend: "Von den vielen kleinen Soligruppen, Organisationen und Informationsbüros aber, die heute 'zu Kurdistan' (...) arbeiten, dringt nur selten eine Stimme an die Öffentlichkeit. (...)

Wenn wir alle Leute zusammenzählen, die heute in Deutschland aktiv mit Kurden und Kurdinnen und zur Lage in Kurdistan arbeiten, wir kämen bestimmt auf einige Tausende. Doch selten hat es bei der Solidaritätsbewegung in Deutschland eine derart große Zersplitterung gegeben. Von Einheit in der Vielfalt keine Spur. Jede Gruppe, jede Initiative sucht ihre politische Klientel aus, mit der sie politisch zusammenarbeiten will. Jenseits diesen Kontakts scheint es nichts anderes zu geben."

Die Solidaritätsbewegung ist also nicht nur zahlenmäßig schwach, sondern hat darüberhinaus wenig Ausstrahlung und ist nicht sehr effektiv.

Der Frage nachspürend, woran das wohl liegen könnte, sind wir auf einige Ideen gekommen - manche vielleicht auf der Hand liegend und nicht neu, andere dafür möglicherweise etwas ketzzerisch -, die wir im folgenden teils selbst formuliert, teils in Zitate vorstellen.

Kulturelle Klüfte oder Multikulti?

Seit nunmehr dreißig Jahren leben in deut-

Von Köpenick nach Kurdistan

Es ist tatsächlich auffällig: Kurdistan ist kaum weiter entfernt von hier als Portugal; hunderttausende kurdischer MigrantInnen leben in Deutschland; der deutsche Staat unterstützt massiv die türkische Armee, gibt der türkischen Regierung politische Rückendeckung und verfolgt politisch aktive KurdInnen hierzulande mit aller rassistischen Härte... zu erwarten wäre da eigentlich, daß "Kurdistan" das alles beherrschende Thema internationalistischer Politik der radikalen Linken ist. Dennoch scheint es manchmal, als ob Chiapas im fernen Mexiko uns näher liege, und öffentlich sieht es so aus, als ob "Kurdistan" mehr

schen Großstädten oppositionelle deutsche Subkultur-Szene und türkische wie kurdische Menschen auf engem Raum nebeneinander, ohne sich zu berühren. Die (wohlwollende) Distanz zu unseren Kiez-Nachbarn und -Nachbarinnen demonstrierten wir Linksradikalen 1981 im Mitsingen eines Liedtextes: *Wir sind die Türken von morgen*, sprich: wir sind uns im klaren darüber, daß diese in Deutschland von Staat und Gesellschaft mies behandelt werden, das betrifft uns aber nur insoweit, als wir Angst haben, uns könnte dasselbe passieren.

Erst seit Anfang der 90er Jahre gibt es sichtbare Berührun-

gen und Vermischungen mit der "dritten Generation" der MigrantInnen, nicht zuletzt deshalb, weil diese Generation sich nicht mehr wie viele ihrer Eltern als "Gastarbeiter" versteht und daher ein existentielles Interesse daran hat, einen (auch von deutschen radikalen Linken) akzeptierten Platz in der hiesigen Gesellschaft zu finden.

Hier zeigt sich der Unterschied zwischen den großen Worten von der 'internationalen Solidarität' und dem praktischen alltäglichen Zusammenleben mit Menschen aus anderen Kulturen. Lateinamerikanische Linke, die als politische Flüchtlinge oder VertreterInnen revolutionärer Organisationen hierher kamen, hatten meist einen ähnlichen sozialen (AkademikerInnen) und kulturellen (christlich-europäischen) Hintergrund wie ihre deutschen GenossInnen und konnten zudem auf eine gewisse Tradition linker Revolutionsmythen in Bezug auf spanisch-sprachige Kulturen aufbauen (von B.Traven über den spanischen Bürgerkrieg bis zu Che Guevara). Da lassen sich leichter Gemeinsamkeiten herstellen als mit mehrheitlich nichtstädtischen Menschen aus Kurdistan, Ghana oder Vietnam, die vor Krieg und/oder Armut geflohen sind. Ist es nicht ein bequemer Luxus der deutschen Linksradikalen, sich immer wieder ethnische Lieblingsgruppen auszusuchen, mit denen sie sich enger verbunden fühlen als mit denen, die ihnen im Alltag am nächsten stehen? Wenn sie dann bemerken, wie sehr sie selbst von der eigenen ethnischen bzw. kulturellen Zugehörigkeit beeinflusst sind - was nicht automatisch gleich Rassismus bedeutet -, folgt meist betretenes Schweigen und Aussitzen der Problematik durch Nichtverhalten und Distanz.

Solidaritätsbewegungen gestern und heute

Solidarität mit Befreiungskämpfen in anderen Ländern ist in Deutschland seit jeher in einem Spannungsfeld zwischen drei Eckpunkten angesiedelt: Zum einen gibt es die Solidarität derer, die sich mit den Zielen und Formen der jeweiligen Kämpfe bedingungslos einverstanden erklären. Zweitens gibt es die materialistische Solidarität, die eigene politische Interessen zurückstellt und die Bestimmung der Ziele und Formen des Kampfes zur alleinigen Sache der Kämpfenden vor Ort erklärt. Drittens gibt es kritische Solidarität, die eine produktive Diskussion zwischen Soli-Bewegung und Kämpfenden anstrebt. Die kritische Solidarität hat dabei innerhalb der radikalen Linken erst nach und nach an Gewicht gewonnen.

In früheren Jahren waren die Soli-Bewegungen eher kommunistisch dominiert. Fragen wie die nach dem Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie gegen die Kolonialmächte, dem Ausspielen der "nationalen Karte" zur Mobilisierung der Massen für die Befreiungsbewegung oder auch der Berücksichtigung anderer Fronten (etwa der Geschlechter) waren deshalb lediglich taktischer Art. Es ging dabei nur darum, was beim Kampf um die Macht der Partei nützt, die ja bestimmender Kern der Befreiungsbewegung war und bleiben sollte. Der politische

Spielraum der Befreiungsbewegungen und damit auch der Soli-AktivistInnen schien weitgehend auf die Wahlmöglichkeit zwischen dem 'Modell Sowjetunion' (z.B. Vietnam, Cuba, Angola) und dem 'Modell China' (z.B. Kambodscha, Indonesien) beschränkt, oder aber das vorrangige Ziel war Befreiung von bzw. Widerstand gegen ein Regime (z.B. Chile, Palästina, Portugal, Griechenland, Spanien).

Die Soli-Bewegungen seit Ende der 70er Jahre, vor allem was Lateinamerika angeht, wurden von "undogmatischen" Linken dominiert, die zunehmend in Konflikt kamen mit taktischen, machtpolitisch bestimmten Antworten auf die Fragen des alltäglichen Kampfes. Es gelang oft genug, dieses Unbehagen auszuklammern und durch Mythen und Schönreden zu beschwichtigen, oder - freundlicher ausgedrückt - es wurde ein pragmatischer Weg gefunden zwischen den drängenden kritischen Fragen und der blinden Solidarität. Das ist im Falle der PKK nicht einfach, denn mit ihr kamen alle schwierigen Fragestellungen einer Befreiungsbewegung und der Solidarität mit ihr unübersehbar auf den Tisch, und das nicht irgendwo jenseits des Ozeans, sondern in Deutschland selbst. Die PKK hatte in den 80er Jahren scheinbar alles zu bieten, was undogmatische bzw. autonome Linke fürchten: Führerkult, Kaderpartei, "demokratischen Zentralismus", Fraktionsverbot und entsprechenden Umgang mit interner Opposition, Ignoranz gegenüber Kritik von außen, Führungsanspruch gegenüber anderen Organisationen (der gewaltsam durchgesetzt wurde), taktischer Umgang mit UnterstützerInnen... und auch die oben erwähnten Fragen, wie etwa die nach dem Nationalstaat, schien sie wie gehabt machtpolitisch zu beantworten.

Deutsche Linke kannten zu Beginn der 80er die türkische Linke (ohne noch deren 'kurdische Seite' wahrzunehmen) als ein Sammelsurium vieler meist kommunistischer Organisationen, die tödlich verfeindet waren und dabei alle Spaltungen und Kämpfe der frühen 70er Jahre in Deutschland in den Schatten stellten. Die PKK schien sich nahtlos einzufügen in die Fraktionskämpfe, von denen viele hier die Schnauze voll hatten. Die PKK ihrerseits hatte andere Sorgen als sich darum zu kümmern, was ein paar deutsche Linksradikale von ihr halten. So gab es auf der einen wie auf der anderen Seite wenig Interesse an einem produktiven Austausch, und die Solidarisierung mit der PKK fiel in der Folgezeit denen am leichtesten, die sich selbst kommunistisch orientierten.

Ein Vertreter der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans, überparteilich, aber von der PKK kontrolliert) wird von Karin Leukefeld mit dem Satz zitiert, "man muß die PKK ja nicht lieben. Kritik ist sogar nötig. Doch ohne Einbeziehung der PKK wird es keine Lösung für Kurdistan geben." Das genügt allemal aus Sicht der PKK, aber für klare Verhältnisse in der deutschen Soli-Bewegung ge-



nügt es offenbar nicht. Sie hat viele einfache Antworten und Weltbilder der letzten dreißig Jahre abgelegt, aber oft anstatt neuer Antworten einfach gar keine Antworten zu bieten, oder zu viele verschiedene, um noch handlungsfähig zu sein. Was bei vielen geblieben ist, ist ein Mißtrauen der PKK gegenüber, genährt aus den ernüchternden Erfahrungen von Vietnam bis El Salvador.

Und eine letzte Frage dazu: Hat das Ausmaß des solidarischen Einsatzes am Ende auch etwas damit zu tun, welche Aussicht auf Erfolg einer Befreiungsbewegung zugebilligt wird? Waren Indochina und Lateinamerika angesagt, weil die Befreiungskämpfe stark waren und das angenehme Gefühl versprachen, auf der siegreichen revolutionären Seite zu stehen, während das im Falle Kurdistans eher ungewiss zu sein scheint?

Stärke der Bewegung

Ein dritter Gesichtspunkt schließlich ist, daß starke internationalistische Bewegungen zusammenfielen mit allgemeinen Hochphasen der linksradikalen Bewegung - 1968-72 war es v.a. Vietnam, 1979-83 Nicaragua/El Salvador, die (auch) ein gutes Projektionsfeld abgaben für revolutionäre Träume der metropolitanen Bewegungen. In den neunziger Jahren ist ein solches Bewegungshoch leider bisher nicht auszumachen. Im Gegenteil, die weltweiten Siege des westlichen Herrschaftssystems haben Hoffnung und Vorstellungskraft der Linken, was Befreiungskämpfe angeht, weit in die Defensive gedrängt.

In den Jahren 1994-1996 gab es immerhin lebhaftere Diskussionen in der deutschen radikalen Linken zum Thema 'Kurdistan', doch seitdem ist kaum noch etwas zu vernehmen. Im Gegenteil, das Interesse scheint nachgelassen zu haben, abgesehen von vereinzelter Teilnahme an kurdischen Demos und der oben nach Karin Leukefeld zitierten Kleinarbeit im Soli-Bereich regt sich nicht viel, auch nicht bei militanten Gruppen - vielleicht auch aufgrund der Fixierung auf eigene Probleme wie etwa die Repressionsschläge der letzten Jahre gegen linksradikale Strukturen.

Zuschlechterletzt ist der kurdische Befreiungskampf und alle, die sich mit ihm solidarisieren, in Deutschland Angriffen ausgesetzt, die es in dieser Form gegen keine andere Solidaritätsbewegung gab. Der deutsche Staat ist hier viel unmittelbarer beteiligt und in seinen eigenen Interessen berührt als in den früheren Vergleichsfällen, wo es um weit entfernte Kämpfe zwischen US-Interessen und Befreiungsbewegungen ging, und entsprechend deutlich ist seine Reaktion. Wer könnte sich wohl vorstellen, daß irgendwo legal ein Konto "Waffen für Kurdistan" eingerichtet würde, wie es das zu Beginn der 80er Jahre für El Salvadors FMLN gab?

Während also bei radikalen deutschen Linken insgesamt Mut und Entschlossenheit über die Jahre eher nachgelassen haben, müßten sie eigentlich im Falle Kurdistans mehr davon aufbringen als früher - die Schere klafft weit auseinander...

All diese Überlegungen könnten Anhaltspunkte für die unterentwickelte Solidarität der deutschen Linken mit dem Kampf in Kurdistan bieten, ohne damit Untätigkeit zu rechtfertigen. Denen, die sich damit nicht abfinden wollen,

schlägt so oft Gleichgültigkeit entgegen, daß sie schon aus Stein sein müßten, wenn sie darüber nicht verbittert würden. Dennoch ist es wohl realistisch, davon auszugehen, daß eine starke Solidaritätsbewegung nur aus einer selbstbewußteren, gestärkten Linken hervorgehen kann. Dann würde sich weniger mit der politischen Distanz zur PKK beschäftigt und mehr mit den oft genug benannten Strukturen, Interessen und Personen in Deutschland, die für den Krieg des türkischen Staates gegen nahezu alle KurdlInnen mitverantwortlich sind.

Hoch die internationale Solidaritätsbewegung...?

Zitate aus Texten zum Verhältnis der deutschen radikalen Linken zu Kurdistan

Der kurdische Befreiungskampf und die Linke in der BRD (von Jörg Hilbert, in: Kurdistan Report Nr.69, Juli 1994, S.29):

"Flüchtlinge sind auch handelnde und kämpfende Menschen. Subjekt im Kampf gegen den imperialistischen Status quo. Das haben die kurdischen MigrantInnen in Europa oft genug bewiesen. Doch in das Bild vom 'armen Flüchtling' passen keine Menschen, die kämpfen und das noch mit einer eigenen führenden Kraft - was bei vielen Autonomen auf besondere Skepsis stößt - an der Spitze. Hier ist eine direkte und persönliche politische Auseinandersetzung nötig, um eine wirkungsvolle Solidaritätsarbeit aufbauen zu können.

Die alte StellvertreterInnenpolitik muß aufgegeben werden, die MigrantInnen formulieren ihre Ziele selbst. (...) Es muß deutlich werden, daß die Nationale Befreiungsbewegung Kurdistans in der BRD eine eigene politische Größe darstellt, die im übrigen hier mehr Menschen mobilisiert als die gesamte deutsche Linke zusammen, mit der es sich auseinanderzusetzen gilt. (...) Hier wird keine blinde Solidarität gefordert, die jegliche kritische Auseinandersetzung mit den politischen Zielen der PKK verhindert. (...) Doch eine kritische Auseinandersetzung kann erst anfangen, wenn eine gewisse Kenntnis über die zu Kritisierenden erlangt wurde. (...) Doch es bleibt nicht zuletzt Teilen der Kurdistan-Solidaritätsbewegung geschuldet, daß die Linke in der BRD über die wirklichen Ziele des kurdischen Befreiungskampfes unterinformiert ist."

"Die Autonome Linke ist zur Zeit nicht dazu in der Lage, wirklich entscheidende Kämpfe für die Rechte des kurdischen Volkes zu führen. Allein schon deshalb muß sie akzeptieren,



daß sich die kurdische Befreiungsbewegung den Luxus des Linksradikalismus, nach den Autobahnblockaden von vielen Autonomen herbeigesehnt, nicht leisten kann. Die militante Initiative muß die Linke hier schon selber ergreifen. In Kurdistan geht es um mehr als um die Kneipengemütlichkeit der deutschen Linken, nämlich darum, den Völkermord zu beenden - konsequent und auch mit Bündnispartnern, die für den Klassenkampf in der BRD sicher keine akzeptablen Partner sind."

Radikal 151, Dezember 1994, S.9:

"Gerade eine (Autonome) Linke, die sich anscheinend begeistert auf jeden Kampf von ImmigrantInnen stürzt, läßt jene Organisation von ImmigrantInnen, die hier am offensivsten ihre Interessen auf die Straße trägt, allein im Regen stehen. Ihr Glück, daß sie uns nicht nötig haben..."

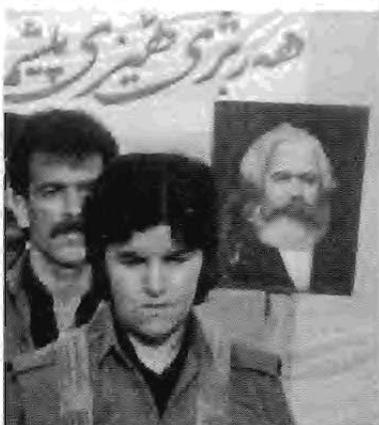
Es trägt einen Hauch von Rassismus in sich, wenn jener exotische Guerilla-Mythos des euphorischen Kämpfers im lateinamerikanischen Dschungel plötzlich in der Alltäglichkeit des kurdischen Nachbarn auf dem harten Boden des Realen landet."

"Den einzig gangbaren Weg sehen wir im Moment darin, die kurdischen GenossInnen in ihrem nationalistischen Konzept radikal zu kritisieren, ohne uns einfach abzuwenden. Vielleicht kann eine solche Diskussion denjenigen Kräften innerhalb der kurdischen Organisationen den Rücken stärken, die selber Probleme mit der patriotischen Ausrichtung haben. Ob sich ausschließlich nationalistische Strömungen durchsetzen, ist auch eine Frage des Kräfteverhältnisses.

Eine linke Kritik, die sich allerdings zur Bestätigung der aufrechten antinationalen Haltung damit zufrieden gibt, den völkischen Charakter der PKK hervorzuheben, um sich daraufhin selbstgenügsam urteilend wieder zurückzuziehen, verabschiedet sich von einem Stück internationaler Solidarität. Solange die Linke keine politischen und sozialen Alternativen zum 'Befreiungsnationalismus' aufzeigen kann, wirkt eine solche Haltung zynisch angesichts der Lebensbedingungen der Menschen in Kurdistan."

Rote Zora 24.7.95:

"Es ist uns ein Anliegen, die Passivität vieler Frauen- und linker Zusammenhänge gegenüber dem kurdischen Widerstand und der massiven Repression an den hier Zuflucht suchenden und den Widerstand unterstützenden KurdInnen aufzubrechen. Dieses Nichtverhalten wird oft mit Kritik an der Politik der PKK begründet. Mit der PKK kann frau sich nicht identifizieren - wir auch nicht -, und leider wird



Solidarität meistens von dieser Frage abhängig gemacht. Wir wollen hier über politische Solidarität diskutieren, die sich nicht länger an der Identifikation mit Befreiungsbewegungen oder der Distanzierung von ihnen mißt.

Über Identifikationen werden eigene Wünsche projiziert, sie versperren den Blick auf die realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Sie sind keine tragfähige Basis für Solidarität. Im Gegenteil, sobald eine andere Realität hinter der Projektion sichtbar wird, ist es meistens Schluß mit der Soli.

Den Frauen in Kurdistan, die aus guten Gründen inner- oder außerhalb der PKK gegen ihre Unterdrücker und für umfassende Befreiung kämpfen, und vor allem vom türkischen Regime im Verein mit seinen imperialistischen BRD-Aufrüstern unterdrückten und bekämpften Menschen gehört unsere ungeteilte Solidarität.

Als in der BRD lebende Menschen müssen wir Verantwortung übernehmen und eingreifen, wenn wir den von hier massiv unterstützten und mitgeführten Krieg gegen die kurdischen Menschen nicht mittragen wollen.

Der Versuch, den Krieg in seinen gegen die Bevölkerung und gegen die Frauen gerichteten Dimensionen zu beschreiben, soll den auf die militärische Konfrontation zwischen PKK

und türkischem Staat reduzierten Blick, der von herrschender Seite und den Medien wie auch von der PKK vorgegeben wird, aufbrechen."

"Die von der Gesellschaft getrennten Guerillastrukturen mit dem Schwerpunkt militärischer Gegenmacht gegen die türkische Armee machen eine Guerillaformation nötig, die sich ausschließlich gegen die 'FremdHerrschaft' richtet und infolgedessen ihre militärische Angriffe nur gegen die militärischen und polizeilichen Besatzerorgane ausführt. Damit wird die Bildung einer Guerilla verhindert, die sich an den sozialen, gegen Ausbeutung und patriarchale und rassistische Unterdrückung gerichteten Befreiungsinteressen orientieren könnte.

Auch wenn für viele Frauen in Kurdistan die Bildung einer eigenen Frauenarmee innerhalb der PKK als notwendiger und zu begrüßender Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung gesehen wird, ist das für uns keine Orientierung. Auch die Beteiligung oder eigene Frauenorganisation ändert nichts daran: die militärische und von den sozialen Kämpfen losgelöste Formierung bleibt einer der Stützpfeiler und Erneuerer des Patriarchats. Wir wollen den Mythos von der revolutionären Qualität des 'bewaffneten Kampfes' per se hier nicht unterstützen. Denn der 'bewaffnete Kampf' führt nicht durch seine militärische Ausrichtung und Bewaffnung zur Befreiung, sondern nur durch seine Verbindung mit den sozialen und gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung gerichteten Kämpfen.

Unsere Solidarität gilt v.a. den Frauen, die nicht bereit sind, in den Kämpfen ihre Forderungen nach einer befreiten Gesellschaft ohne Frauenunterdrückung und ohne Ausbeutung den national-ethnisierenden Parolen zu opfern."

"Solidarnetze gibt es bisher nur in den Strukturen der MigrantInnen selbst. Nicht im 'Austausch', sondern im praktisch-solidarischen Verhalten werden sich unsere Kontakte zu KurdInnen entwickeln und können Fäden zu diesen Netzen gesponnen und verknüpft werden.

Der Krieg in Kurdistan hat zu einer Verschärfung nationalistischer Abgrenzungen der Menschen verschiedener Herkunft in der Türkei und auch hier

beigetragen. Im Zusammenkommen von kurdischen, türkischen und deutschen Frauen müssen wir darum kämpfen, diese Barrieren zu überwinden.

Ansätze für kritische praktische Solidarität können wir in den verschiedensten Formen von öffentlichen und subversiven Protest- und Aktionsformen umsetzen:

- für das **Bleiberecht für ALLE**: Aktionen zur Behinderung der staatlichen rassistischen Politik, gegen Abschiebungen und Abschiebeknäste, dafür Verantwortliche aus dem Schutz ihrer Anonymität reißen.

- daran sich bereichernde Firmen angreifen.

- Aktionen gegen Rassisten, Faschisten, Sexisten und Ausbeuter illegalisierter Billigstarbeit in der Bevölkerung (auch Frauen!).

- Soliaktionen gegen das Verbot der PKK und kurdischer Vereine. Praktisch alle Solidarnetze der KurdInnen sind von der Zerschlagung durch die bundesdeutsche Repression zusammen mit dem Parteiverbot betroffen. Für die ungehinderte und selbstbestimmte Organisation der MigrantInnen.

- Tourismus ist eine moderne Form kolonialer Ausbeutung. Die Tourismusindustrie wirbt auch dieses Jahr wieder besonders für das 'Reiseland Türkei 95'. Aktionen zur Forderung 'Kein Tourismus in die Türkei' verbinden wir jedoch mit dem Ziel, die dicken Geschäfte der BRD-Konzerne zu behindern und nicht kleine türkische Reisebüros anzugreifen. Das Schweigen der PKK zu den gegen türkische MigrantInnen gerichteten Aktionen in diesem Frühjahr begünstigt die weitere rassistische und nationalistische Formierung in der BRD-Gesellschaft, insbesondere zwischen KurdInnen und TürkInnen. Das steht unseren Zielsetzungen grundsätzlich entgegen.

- die ökonomische und politische Zusammenarbeit zwischen BRD und Türkei behindern, von öffentlichem Protest bis zu Aktionen, die Firmen und PolitikerInnen für ihre blutigen Geschäfte zur Verantwortung ziehen."

Frauen zur ROTE ZORA Erklärung (radi 154, Juni 1996, S.42):

"1993 kündigten die Frauen der Roten Zora eine Veränderung ihrer politischen Orientierung und Bezugnahme an. In deren Mittelpunkt stellten

sie die Situation von Frauen weltweit und deren unterschiedlichste Kämpfe: *'Unser primäres Interesse gilt den Frauen, ihren Kämpfen, ihren Positionen, auch innerhalb der Befreiungsbewegungen'*, heißt es in ihrem Grundsatzpapier.

Darin machen die Zoras eine Veränderung zu ihrem früheren internationalistischen Selbstverständnis fest, das von einem *'starken Loyalitätsverhältnis zu bewaffnet kämpfenden antiimperialistischen Gruppen und von einer Faszination der Befreiungsbewegungen gekennzeichnet war'*.



Die Bedeutung der Politik dieser Befreiungsbewegungen für emanzipatorische Kämpfe von Frauen - innerhalb oder außerhalb dieser Bewegungen - erscheint den Zoras gerade aus feministischer Sicht zu enttäuschend, als daß sie dazu weiterhin ein unkritisches Verhältnis einnehmen könnten. Zurecht bezeichnen sie die Begeisterung radikaler Frauen und Lesben gegenüber bewaffnet kämpfenden Gruppen und Bewegungen im Trikont als Mystifizierung der eigenen - unerfüllten - Wünsche nach radikalen Befreiungskämpfen. Sich selbst nehmen sie davon nicht aus.

Diese Kritik an der Metropolenlinken der 70er und 80er Jahre ist sicherlich zutreffend, und zwar gleichermaßen für linksradikale Männer und Frauen. Seit einiger Zeit, spätestens seit dem Zusammenbruch des Ostblocks, werden solche Mystifizierungen auf verschiedensten Ebenen hinterfragt, was wir für eine grundsätzlich positive Entwicklung linker Geschichtsaufarbeitung und Theoriebildung halten.

Die Rote-Zora-Frauen bleiben jedoch nicht stehen bei den Enttäuschungen, die die bisherigen Befreiungsbewegun-

gen und nationalen Revolutionen (nicht nur) aus feministischer Sicht hervorgehoben haben. Im Gegenteil besticht die Lürßen-Erklärung weitgehend durch ein differenziertes, solidarisches und gleichzeitig kritisches Verhältnis zum kurdischen Befreiungskampf. Damit befinden sich die Frauen im krassen Gegensatz zu den meisten Metropolenlinken, die sich wegen ihres unklaren oder ablehnenden Verhältnisses zur PKK am liebsten gar nicht zum Krieg gegen die KurdInnen und auch nicht zu der Verfolgung kurdischer MigrantInnen in der Metropole verhalten wollen.

Die Sabotage der deutschen Kriegsunterstützung ist auf jeden Fall richtig, auch wenn die Zoras (wir ebenfalls) viele berechtigte Zweifel daran haben, was die PKK irgendwann einmal an tatsächlicher Befreiung (besonders der Frauen) in einem unanhängigen kurdischen Staat zulassen würde."

"Die Zoras haben in ihrer Broschüre 'Mili's Tanz' zurecht das von Mystifizierung und Projektionen geprägte Verhältnis zu trikontinentalen antiimperialistischen Befreiungskämpfen aufgegeben. Jetzt scheint es uns so, als würden sie dieses Verhältnis durch die Hintertür wieder hereinholen und es auf die 'weltweiten Frauenkämpfe' als ihren neu ausgemachten Bezugspunkt übertragen.

Die Bezugnahme auf Frauenkämpfe finden wir richtig. Wir kritisieren lediglich ihre Verklärung und Überbewertung. Warum brauchen wir schon wieder neue Projektionsflächen?

Diese Frage beantworten die Zoras gewissermaßen selbst in 'Mili's Tanz':

'Nur auf uns gestellt, müßten wir daran zweifeln, welche gesellschaftliche Kraft hier denn eine tragfähige Basis und breite Zustimmung für unseren Kampf abgeben könnte. Denn nur eine solche Sicherheit, getragen zu werden von den gleichen Hoffnungen und Kämpfen anderer, kann langfristig den Mut zum Widerstand lebendig halten.'

Angst schützt vor Verfolgung nicht (ZAG - antirassistische Zeitschrift, Juli 95)

Vor sieben Monaten versuchte die Gruppe »K.O.M.I.T.E.E.«, mittels mehrerer selbstgebastelter Sprengsätze das im Bau befindliche neue Abschiebegefängnis in Berlin-Grünau in die Luft zu sprengen. Der Anschlag schlug



fehl. Zu den Einzelheiten verweisen wir auf die Erklärung des »K.O.M.I.-T.E.E.« hierzu.

Die öffentliche Reaktion der zum Komplex »Abschiebung« arbeitenden Gruppen, der antifaschistischen und antirassistischen Gruppen und Initiativen, sowie der Linken in diesem Land insgesamt hierzu war eher dürftig. Wir wollen mit diesem Artikel erreichen, daß die zu diesem Thema arbeitenden Gruppen Stellung beziehen bzw. zumindest öffentlich darüber sprechen, in welcher Form der Widerstand gegen die staatliche Abschiebungspraxis geführt werden soll.

Die Überlegung dazu ist, daß es hierbei wenig weiterhelfen wird, die in der Zeit nach dem versuchten Anschlag erfolgten Repressionsmaßnahmen seitens der Bundesanwaltschaft gebetsmühlenartig zu beklagen und die Ge-

meinheiten dieses Staates zu bejammern. Etwas anderes war ernsthaft nicht zu erwarten. Solidarisch zu diskutieren heißt vielmehr, sich insbesondere mit dem Anlaß der Aktion auseinanderzusetzen.

Aus internen Diskussionen ist bekannt, daß es innerhalb der Linken große Vorbehalte gegen diese Art von Widerstand gibt. Die Argumente reichen von »Die Zeit für solche Anschläge ist vorbei« über »Das bringt uns politisch nicht weiter bzw. in Mißkredit« bis hin zu »Damit wird verhindert, daß die Verhältnisse im Abschiebeknast, wie sie derzeit in der Kruppstraße bestehen, verbessert werden«. Daneben gibt es natürlich auch die »klammerheimliche Freude« (die allerdings höchstens verschämt am WC-Frühstückstisch, also nicht-öffentlich geäußert wird und die Sorge darüber, daß

diejenigen, denen eine Beteiligung an dem Anschlag vorgeworfen wird, möglichst nicht erwischt werden. Die beiden letztgenannten Positionen sind allerdings schon seltener zu finden.

Vor 20 Jahren war dies noch anders. Anfang der 70er Jahre gab es innerhalb der Linken vor allen Dingen keine Scheu, auch öffentlich über diese Art von Widerstand gegen eine als falsch erkannte staatliche Politik zu diskutieren.

Die zentralen Fragen heißen also:

1. Warum haben viele mit dieser Art von Widerstand gegen die Abschiebungspolitik dieses Staates Schwierigkeiten?

2. Warum gibt es keine öffentliche Diskussion hierüber?

Die Beantwortung der ersten Frage hängt - so scheint es - eng mit der zweiten zusammen. Im Prinzip gibt es wenig dagegen einzuwenden, einen Knastneubau für Abschiebehäftlinge in die Luft zu jagen. Zum einen erfolgte die Aktion - anders als manche in den 70er Jahren - nicht losgelöst von den derzeit geführten Diskussionen. Seit der Wende ist das Engagement vieler in Antifa- und Antirassismustruppen stetig größer geworden. Die Aktion kommt daher sozusagen aus der Mitte der derzeit wohl stärksten Bewegungen innerhalb der Linken. Der Gruppe ist von daher nicht vorzuwerfen, daß ihre Aktion völlig abgehoben von der derzeit stattfindenden gesellschaftlichen Diskussion durchgeführt bzw. versucht wurde. Nach der Erklärung des »K.O.M.I.T.E.E.« war außerdem die Gefährdung von Menschenleben ausgeschlossen. Es bleibt der Versuch, eine Baustelle in die Luft zu sprengen. Die Gruppe behauptet selbst nicht, mit der Aktion die Revolution einleiten zu wollen, sondern die staatliche Abschiebungspolitik behindern zu wollen. Wenn also selbst diese Aktion nicht dazu führt, daß sich militante und nichtmilitante Linke über deren Zulässigkeit verständigen können, an welchem Punkt sollten sich beide Gruppen dann treffen?

Es ist festzustellen, daß es bereits Gruppen gibt, die sich längst außerhalb der bestehenden Gesetze ihre Handlungsmöglichkeiten zurückgeholt bzw. aufgebaut haben. Wenn Kirchengemeinden damit anfangen, Flüchtlinge, die abgeschoben werden sollen, zu verste-

cken bzw. dem Zugriff der Staatsmacht entziehen, so haben sie sich bereits in die Illegalität begeben. Die zentrale Frage, die sich jede/r stellen muß, ist doch, wo der Konsens über den Umgang mit der staatlichen Flüchtlingspolitik liegt. Welche Formen von Protest und/oder Widerstand sollen erlaubt sein? Es liegt auf der Hand, daß der Staat jederzeit über die Möglichkeiten verfügt, Flüchtlinge abzuschieben. Auf der politischen Ebene ist es zudem nicht gelungen, die Änderung des Asylrechts und die damit einhergehende Flüchtlingspolitik zu verhindern. Wir müssen uns daher zwangsläufig die Frage stellen, wie Abschiebungen in Zukunft unmöglich gemacht werden können. Die Möglichkeiten des verbalen Protestes hiergegen sind weitgehend ausgeschöpft, weil sich der Staat hierdurch kaum beeindrucken läßt. Darüberhinaus zeigt gerade das Beispiel der im August abgeschobenen Sudanesen, daß auch auf der parlamentarischen Ebene die Möglichkeiten der Verhinderung von Abschiebungen nicht bestehen. Der Verzicht der GRÜNEN auf die aktuelle Stunde hat diesem Staat in fataler Weise propagandistisch in die Hände gearbeitet. Bleibt der zweifelhafte - weil individualistische - Weg des juristischen Geplänkels, der zwar mitunter einzelnen Flüchtlingen weiterhilft, aber keine politische Lösung des gesamten Problems beinhaltet. Flüchtlinge sind Menschen, die es aus den unterschiedlichsten Gründen vorgezogen haben, ihre Heimat zu verlassen und deren einziges »Verbrechen« darin besteht, sich ohne erforderliche Aufenthaltsgenehmigung in der BRD aufzuhalten. Sie haben in einem Gefängnis nichts zu suchen, denn Haft bedeutet Stigmatisierung. Es geht also nicht um schönere Knäste mit mehr Tischtennisplatten, sondern um die Abschaffung derselben. Damit keine Mißverständnisse entstehen: Ziel dieses Artikels ist nicht, Beifall für die Aktion einzufordern, sondern die eigenen Handlungsmöglichkeiten in bezug auf die staatliche Flüchtlingspolitik in der ganzen Bandbreite zu diskutieren. Zur zweiten Frage: Vor ca. 20 Jahren hat der Staat damit begonnen, uns mittels der Keule der §§ 129 und 129a bestimmte Formen der Diskussion aufzuzwingen. Waren militante Aktionen

bereits immer strafbar, so ist es seitdem auch die öffentliche Diskussion hierüber, weil jede/r schnell in den Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung geraten kann, wenn er/sie Verständnis für militante Aktionen äußert. Öffentliche Diskussionen über diese Themen sind deshalb angstbehaftet. Außerdem ist der Bezug von uns untereinander auf Aktionen anderer zur Zeit nur sehr schwach ausgeprägt. Die gegenwärtige Welle der Repression, insbesondere gegen die »radikal«, soll noch einmal klarmachen, daß der Staat bestimmte Diskussionen über die gegenwärtige Politik zu kriminalisieren gedenkt. Dies hat insbesondere einen zentralen Grund: Die BRD als mittlerweile zweitgrößter Waffenexporteur der Welt schickt sich an, Interessen in der sog. »Dritten Welt« auch militärisch zu verteidigen, denn es liegt auf der Hand, daß die Unterstützung der Türkei gegen kurdische Rebellen und die Entsendung von Tornado-Kampfflugzeugen nach Bosnien erst der Anfang sind. Dies wird zwangsläufig mit einer zunehmenden Repression nach innen einhergehen. Bereits im Vorfeld sollen die ärgsten Kritiker mundtot gemacht werden. Deswegen ist es wichtig, sich dem entgegenzustellen, indem öffentlich zu der Politik der BRD - und damit auch zu den militanten Aktionen hiergegen - Stellung bezogen wird. Es kann nicht angehen, daß wir uns von einer kleinen Bande korrupter Parteifunktionäre und drittklassiger Politi-

ker vorschreiben lassen, worüber wir wie diskutieren und ob wir bestimmte Politikformen wie z.B. militante Aktionen gut oder schlecht finden.

Der Grad der Kriminalisierung und Repression zeigt, daß auch Unbeteiligte - z.B. weil sie die »falschen« Menschen kennen, weil sie ihr Auto an diesen oder jene verkauft haben oder sich zur falschen Zeit am falschen Ort aufgehalten haben -, mittels Rasterfahndung in den Verdacht geraten können, mit dieser oder jener Aktion irgendwas zu tun zu haben. Völlig normale Dinge sind plötzlich imstande, einen Verdacht zu erregen. Die Angst, sich öffentlich zu äußern und sich damit staatlicher Repression auszusetzen, schützt offenbar nicht vor Verfolgung. Nur dann, wenn viele Menschen sich diesem staatlichen Diskussionsverbot entgegenstellen und Stellung beziehen, werden diese staatlichen Maßnahmen ins Leere laufen.

Dies sei hiermit eingefordert.
xy- ungelöst



Ein PKK-Kämpfer lauscht den Ratschlägen der deutschen internationalistischen Linken...

das letzte...

Wie diese Broschüre zu lesen ist!

»Da dir dieses Papier so wichtig zu sein scheint, obwohl du seinen Inhalt bereits kennst, wird er mir erlauben, es zuvor einmal genau zu betrachten.«

Mein Verdacht hatte sich noch mehr gefestigt. Anstatt behoben zu werden, war er bereits zu einer bestimmten Vermutung geworden. Ich hielt das Papier mit seiner Fläche senkrecht zwischen das Auge und die Sonne; ich konnte nichts Auffälliges bemerken. Ich befühlte und beroch es, aber ohne Erfolg. Nun hielt ich es waagrecht so, daß ich die darauffallenden Sonnenstrahlen mit dem Auge auffing, und da endlich zeigten sich mir mehrere, allerdings nur einem scharfen Blick bemerkbare Stellen, die zwar mit der Farbe des Papiers beinahe verschwammen, aber dennoch die Gestalt von Schriftzeichen zu haben schienen.

»Du wirst das Papier nicht bekommen!« sagte ich zum Kaimakam.

»Warum nicht?«

»Weil es eine geheime Schrift enthält, die ich untersuchen werde.«

Er verfärbte sich.

»Du irrst, Effendi.«

»Ich sehe es genau!« Und um ihn zu versuchen, fügte ich hinzu: »Diese geheime Schrift wird zu lesen sein, wenn ich das Papier ins Wasser halte.«

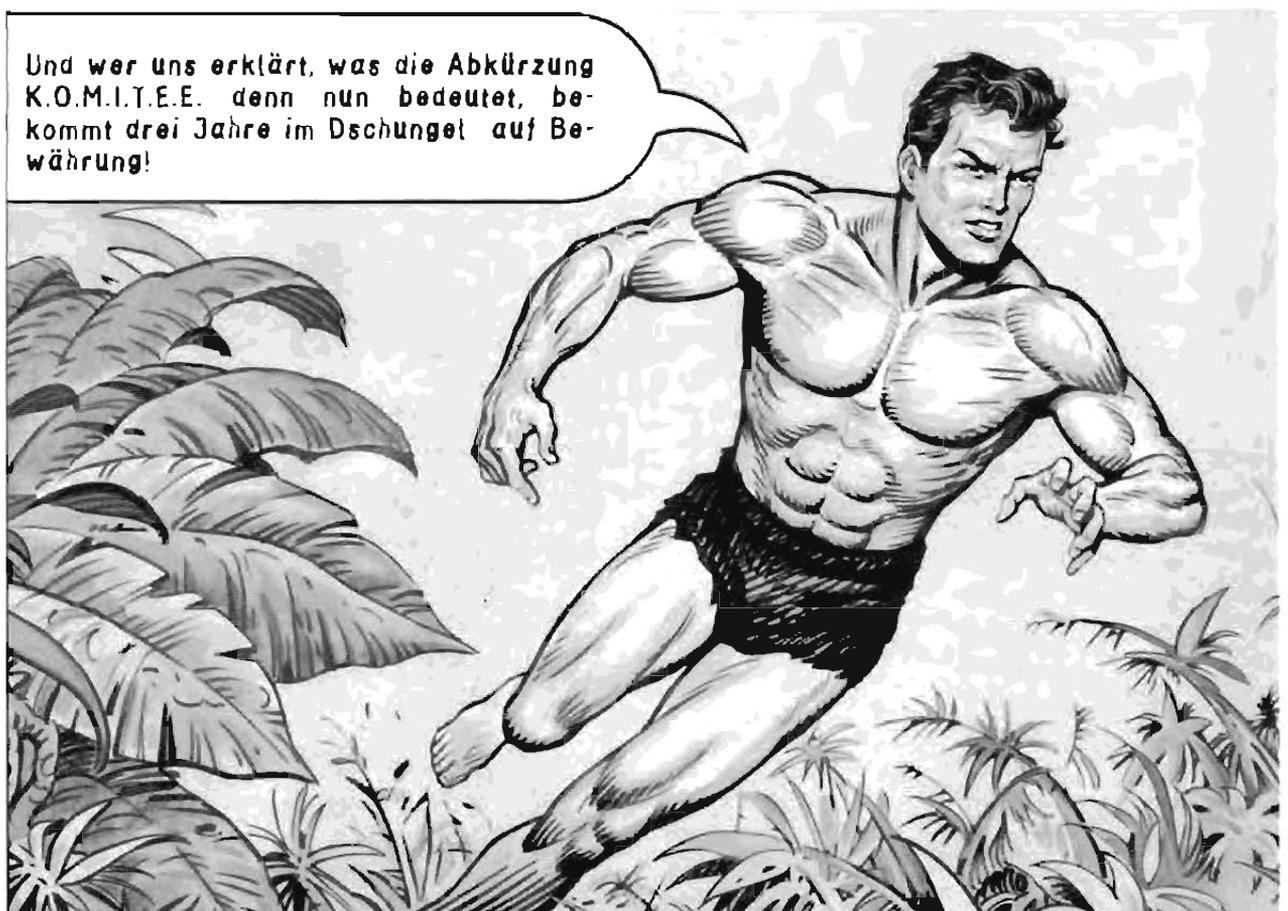
»Tu es!« antwortete er mit sichtbarer Genugtuung.

»Du hast dich durch die Ruhe deiner Worte verraten. Ich werde das Papier nun nicht ins Wasser, sondern über das Feuer halten.« Ich hatte es getroffen; das erkannte ich an dem nicht ganz unterdrückten Erschrecken, das sein zu offenes Gesicht überflog.

»Du wirst den Brief dabei verbrennen!« mahnte er.

»Trag keine Sorge! Ein Effendi aus dem Abendland weiß mit solchen Dingen recht wohl umzugehen.«...

(Karl May, Durchs wilde Kurdistan, Verlag Neues Leben, 1990, S. 69)



Literatur zum Thema Militante Linke...

- Besonders zu empfehlen ist die „Schwarze Reihe“ im ID-Verlag, Berlin, (diverse Bücher u.a. zur Geschichte von Bewegung 2.Juni, RAF, RZ, Rote Zora, Brigate Rosse u.a.); das Verlagsprogramm findet sich in fortschrittlichen Buchhandlungen, direkt beim Verlagsversand (14059 Berlin Knobelsdorffstr.8) und im Internet unter <http://www.txt.de/id-verlag>
- Auswahlbibliographie von nicht im ID-Verlag erschienenen Büchern (Überwiegend entnommen aus dem Buch „Zwischenberichte“, ID-Verlag, Berlin 1998):
- Nanni Balestrini/Primo Moroni, *Die Goldene Horde*, Berlin 1994 (VLA/Schwarze Risse);
- Nanni Balestrini, *Die Unsichtbaren*, München 1988 (Weissmann)
- Nanni Balestrini, *Der Verleger*, Hamburg 1992 (VLA/Schwarze Risse)
- Pieter Bakker Schut, *das info, briefe von gefangenen aus der raf aus der diskussion 1973-1977*, Kiel 1987 (Neuer Malik Verlag)
- Der blinde Fleck. Die Linke, die RAF und der Staat*, 1987 (Verlag Neue Kritik)
- Der Blues, Gesammelte Texte der Bewegung 2.Juni*, 2 Bände (vergriffen)
- Peter Brückner, *Ulrike Marie Meinhof und die deutschen Verhältnisse*, Neuausgabe Berlin 1995 (Wagenbach)
- Peter Brüchner, *Über die Gewalt*, Berlin 1979 (Wagenbach)
- Alberto Francheschini, *Das Herz des Staates treffen*, Wien 1990 (Europaverlag)
- Christian Geissler, *Kamalatta*, Hamburg 1988 (Rotbuch)
- Sean McGuffin, *Der Hund*, IRA-Roman, Neuausgabe Hamburg 1997 (Nautilus)
- Hess, Scheerer, Steinert u.a., *Angriff auf das Herz des Staates*, 2 Bände, Frankfurt/M. 1988 (Suhrkamp)
- Mario Morerri, *Brigate Rosse, Eine Italienische Geschichte*, Hamburg/Berlin 1996 (VLA/Schwarze Risse)
- AG Ohrwürmer, *Das Ohr auf die Schiene der Geschichte... des bewaffneten Kampfes in der BRD*, Broschüre, Stuttgart 1998 (Selbstverlag)
- Rote Zora, *Mili's Tanz auf dem Eis*, Broschüre 1993 (Selbstverlag)
- Karl Heinz Roth, *Fritz Teufel, Klaut sie!* (Selbst-)Kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla, Tübingen 1980 (iva-Verlag)
- taz-journal 20 Jahre deutscher Herbst*, Berlin 1997
- Lutz Tafer, *Gedanken gegen die Mauern*, in: Odranoel, Hamburg 1992 (VLA)
- Oliver Tolmein, *Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf und die Linke*, Hamburg 1997 (Konkret)
- Oliver Tolmein, *Stammheim vergessen. Deutschlands Aufbruch und die RAF*, Hamburg 1992 (Konkret)
- Klaus Viehmann, *Dino strike back*, in: „Arranca!“ Nr.5, Berlin 1994
- Inge Viett, *Nie war ich furchtloser*, Hamburg 1996 (Nautilus)

Literaturliste Kurdistan (kleine Auswahl)

- Bibliothek Fequiyê Teyran: *Kurdologie*, Studien zur Sprache, Geschichte, Gesellschaft und Politik Kurdistans und der Kurdinnen und Kurden, Hrsg. Kurdistan-AG AStA FU-Berlin, Berlin
- M. van Bruinessen: *Agha, Scheich und Staat, Politik und Gesellschaft Kurdistans*, Edition Parabolis, Berlin 1989
- Gérard Chaliand (Hrsg.): *Kurdistan und die Kurden, Band 1, Reihe pogrom*, Göttingen 1988
- Günther Deschner: *Die Kurden, Das Betrogene Volk, Ullstein Sachbuch* 1991
- Brigitte Heinrich, Jürgen Roth: *Partner Türkei oder Foltern für die Freiheit des Westens? rororo aktuell* 1973
- H. Hinz-Karadeniz, Rainer Stoodt (Hrsg.): *Kurdistan - Politische Perspektiven in einem geteilten Land*, Focus-Verlag Gießen 1994
- Gedichte aus türkischen Gefängnissen 1980-1985: ... ich schreibe mit den Fingernägeln, Zambon-Verlag, Frankfurt am Main 1986
- Ismer Cherif Vanly: *Kurdistan und die Kurden, Band 2, Reihe pogrom*, Göttingen 1988
- Ismer Cherif Vanly: *Kurdistan und die Kurden, Band 3, Reihe pogrom*, Göttingen 1988
- Karin Leukefeld: „Solange noch ein Weg ist...“, *Die Kurden zwischen Verfolgung und Widerstand*, Göttingen 1996

Artikel, Texte und Interviews zum Thema Abtauchen/Flucht/Exil (in Klammern: Bezugsschwerpunkt)

- „Anna und Arthur drücken die Augen zu“ - Aufarbeitungsbroschüre zum „Kaindl“-Fall, Berlin 1995
- „Der Fall Kaindl - Daß Du dich wehren mu-t...“ Eine Nachbetrachtungsbroschüre, Berlin 1995
- „Friß und stirb trotzdem“, Raul Zelik, Nautilus Verlag, Hamburg 1997 (Roman, „Kaindl“-Fall)
- „Interim“, Berlin, Nr.340, 20.7.1995; Nr.427, 10.7.1997; Nr.429, 7.8.1997 („K.O.M.I.T.E.E.“-Verfahren); Nr.430, 21.8.1997 („radikal“-Verfahren); Nr.432, 18.9.1997 („K.O.M.I.T.E.E.“-Verfahren)
- „Junge Welt“, 26./27./28.4.1996 („RoteZora/RZ“-Fahndung); 22.7.1996; 26.11.1996 („radikal“-Verfahren); 5.12.1996 7./8.12.1996; 14./15.12.1996 („RAF“-Fahndung)
- „Jungle World“, Berlin, Nr.32/7.8.1997 („RAF“-Fahndung); Nr.24/10.6.1998; Nr.26/24.6.1998 („RoteZora/RZ“-Fahndung)
- „Kassiber“, Bremen, Febr./März.1996; April 1997; Juni 1997 („radikal“-Verfahren); Nr.35/Juni 1998 (Andrea Wolf)
- „Konkret“, Hamburg, Sept.1996 („RoteZora/RZ“-Fahndung); Jan.1997 („RAF“-Fahndung)
- „radikal“ Nr.150, Juli 1994 („Kaindl“-Verfahren); Nr.153/2, Nov.1995 („Kaindl“-/“radikal“-/“K.O.M.I.T.E.E.“-Verfahren)
- „radikale Zeiten“ Nr.2, Jan.1996; Nr.3, Febr.1996; Nr.5, Juli 1996; Nr.6, Sept.1996 („radikal“-/“K.O.M.I.T.E.E.“-Verfahren)
- „ravage“, Niederlande, Nr.223/Herbst 1996 („radikal“-Verfahren)
- „Der Spiegel“, Hamburg, Nr.50/1996 („RoteZora/RZ“-Fahndung)
- „Swing“, Rhein-Main-Info, Febr./März 1997 („K.O.M.I.T.E.E.“-Verfahren)
- „die tageszeitung“, Berlin, 11./19./20.6.1998 („RoteZora/RZ“-Fahndung)
- „ZAG - Zeitung antirassistischer Gruppen“, Berlin, Nr.15/Juni-Aug.1995 (Illegalisierung); Nr.17/1995 („K.O.M.I.T.E.E.“-Verfahren)

- Golmorad Moradi: Ein Jahr autonome Regierung in Kurdistan, Die Mahabad-Republik 1946-1947, Hochschule Bremen, Bremen 1992
- Ismail Besikçi: Kurdistan, Internationale Kolonie, ISP-Verlag, Frankfurt 1991
- Serdar Çelik: Die Geschichte des 15. August, Zehn Jahre bewaffneter Befreiungskampf in Nordkurdistan, Selbstverlag Erlangen 1995
- Serdar Çelik: Morde an Journalisten in Kurdistan, Bericht von Özgür Gündem und Yeni Üke, Özgür Gündem/Europavertretung, Agri-Verlag, Köln 1993
- IPPNW, Ärztekammer Berlin, Genocide Watch (Hrsg.): Kurdistan-Türkei, Medizin unter Kriegsbedingungen, Verlag der Buchläden Schwarze Risse-Rote Straße, FFM Heft 3, Berlin-Göttingen 1996
- medico international (Hrsg.): Menschenrechtsverletzungen in Nordwest-Kurdistan 1993, nach den Berichten der Menschenrechtsvereine IHD, Frankfurt 1994
- Jürgen Roth: Aufstand im wilden Kurdistan, Baden-Baden 1977
- Lizzy Schmidt: Wie teuer ist die Freiheit? Reportagen aus der selbstverwalteten kurdisten Region 1991-1993, ISP-Verlag, pocket 56, M 1994
- Sabine Skubsch: Die kurdische Frage und die deutsch-türkischen Beziehungen, Diplomarbeit, PH Karlsruhe 1994
- Freie Frauenbewegung Kurdistan (Hrsg.): Internationale Konferenz der Frauen aus Kurdistan zum Internationalen Frauentag 1993
- Kurdistan Report, Informationsstelle Kurdistan Bonn
- Carla Solina: Der Weg in die Berge, Eine Frau bei der kurdischen Befreiungsbewegung, Hamburg 1997